Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin:	Freitag, 20.05.2022
Sitzungsbeginn:	16:32 Uhr
Sitzungsende:	21:34 Uhr
Ort, Raum:	Evangeliumshalle Wehrda, Oberweg 60, 35041 Marburg

Anwesend

Vorsitz

Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen	

reguläre Mitglieder

Hermann Heck - CDU	
Marco Nezi - B90/Die Grünen	
Thorsten Büchner - SPD	
Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	
Isabella Aberle - Klimaliste Marburg	
Dirk Bamberger - CDU	
Jelena Noe - CDU	
Walter Jugel - CDU	
Winfried Kissel - CDU	
Phillip Knaack - CDU	
Lars Küllmer - CDU	
Roger Pfalz - CDU	
Heiko Schäfer - CDU	
Jens Seipp - CDU	
Birgit von Bargen - CDU	
Lisa Deißler - FDP	
Michael Selinka - FDP	

Dr. Payam Katebini - B90/Die Grünen	
Marion Messik - B90/Die Grünen	
Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	
Lukas Ramsaier - B90/Die Grünen	
Katharina Rink - B90/Die Grünen	
Martina Rupp - B90/Die Grünen	
Christian Schmidt - B90/Die Grünen	
Uwe Volz - B90/Die Grünen	
Maximilian Walz - B90/Die Grünen	
Liban Abdirahman Farah - SPD	
Fatma Aydin - SPD	
Felix Burghardt - SPD	
Asmah El-Shabassy - SPD	
Myriam Hövel - SPD	
Schaker Hussein - SPD	
Alexandra Klusmann - SPD	
Steffen Rink - SPD	
Matthias Simon - SPD	
Jens Womelsdorf - SPD	
Renate Bastian - Marburger Linke	
Roland Böhm - Marburger Linke	
Anja Meier-Lercher - Marburger Linke	
Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke	
Jan Schalauske - Marburger Linke	
Inge Sturm - Marburger Linke	
Mariele Sofi Diehl - Klimaliste Marburg	
Salomon Lips - Klimaliste Marburg	
Maik Schöniger - Klimaliste Marburg	
Andrea Suntheim-Pichler - BfM	
Matthias Pozzi - AfD	
Dr. Michael Weber - Piratenpartei	
Dietmar Göttling - B90/Die Grünen	bis 20:20 Uhr, TOP 9.4

Magistratsmitglieder

Nadine Bernshausen - B90/Die Grünen	
Kirsten Dinnebier - SPD	
Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	
Christoph Ditschler - FDP	
Anne Oppermann - CDU	
Marina Siffermann-Gorr - CDU	

Ulrich Severin - SPD	
Marianne Wölk - SPD	
Sevim Yüzgülen - SPD	

Protokollführung

Lothar Sprenger – Fachdienst kommunale Gremien	

Abwesend

reguläre Mitglieder

Karin Schaffner - CDU	entschuldigt
Jan von Ploetz - CDU	entschuldigt
Lena Frewer - B90/Die Grünen	entschuldigt
Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	entschuldigt
Karen von Rüden - B90/Die Grünen	entschuldigt
Erika Lotz-Halilovic - SPD	entschuldigt
Dr. Mohammad Malmanesh - SPD	entschuldigt
Gerald Weidemann - SPD	entschuldigt
Roland Frese - BfM	entschuldigt

Magistratsmitglieder

Dr. Thomas Spies - SPD	entschuldigt
Alev Lassmann - B90/Die Grünen	entschuldigt
Roland Stürmer - B90/Die Grünen	entschuldigt
Lea Doobe - Klimaliste Marburg	entschuldigt
Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	entschuldigt

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Elke Neuwohner eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Die Stadtverordnetenvorsteherin weist auf die im Ältestenrat vereinbarten Hygieneregelungen für die heutige Sitzung hin und bittet einen Mund-/Nasenschutz im Gebäude zu tragen. Am Sitzplatz und am Rednerpult kann der Mund-/Nasenschutz abgenommen werden.

Frau Dr. Neuwohner entschuldigt den Oberbürgermeister, der krankheitsbedingt nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Er wird durch die Bürgermeisterin vertreten.

Anschließend trägt die Stadtverordnetenvorsteherin die Tagesordnung für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorberatungen in den Ausschüssen und der im Ältestenrat getroffenen Absprachen. Sie schlägt vor, die drei zum UKGM vorliegenden Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung zu nehmen und gemeinsam zur Aussprache aufzurufen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Die Dringlichkeitsanträge werden als TOP 6.1 bis 6.3 auf die Tagesordnung genommen.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion betr. MoVe35 erhält nicht das für die Aufnahme auf die Tagesordnung erforderliche Quorum. Protokollierung siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.

Die zum Tagesordnungspunkt 9.12 – Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Unterstützung der berechtigten Forderungen der Beschäftigten im Tarifstreit der Sozial- und Erziehungsdienste (SuE) angemeldete Aussprache zieht die Fraktion Marburger Linke in Person der Stadtverordneten Bastian zurück. Außerdem beantragt sie nur den 1. Absatz des Antrages zu Abstimmung zu stellen und die übrigen Absätze zu streichen. Dagegen wird nicht gesprochen.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Anmerkung:

Zu den Tagesordnungspunkten 4, 5, 6.1 bis 6.3, 9.3 bis 9.6 und 9.9 ist Aussprache bzw. Aussprache in Form eines Setzpunktes angemeldet, die in der Tagesordnung vorgezogen und unmittelbar nach der Fragestunde (TOP 3) aufgerufen werden. Die Reihenfolge und Nummerierung der Tagesordnungspunkte in der Niederschrift bleibt davon unberührt.

Von 18:02 Uhr bis 18:18 Uhr und von 20:02 Uhr bis 20:20 Uhr ist die Sitzung für Kurzpausen unterbrochen. Von 18:18 Uhr (TOP 6.1) bis 20:02 Uhr (TOP 9.4) hat die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Aberle die Sitzungsleitung inne.

zu 1.1 Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion betr. MoVe35

VO/0716/2022

Der Stadtverordnete Seipp begründet die Dringlichkeit des Antrages, gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Rink.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin stimmen CDU/FDP, BfM und AfD für die Dringlichkeit des Antrages. Damit ist das für die Aufnahme auf die Tagesordnung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten nicht erreicht. Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Der Stadtverordnete Seipp gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.03.2022

Die Niederschrift ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 4 und 9 bis 21 werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet: Für den Oberbürgermeister antwortet die Bürgermeisterin.

Kleine Anfrage Nr. 01

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 2022

Fragesteller*in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Kann der Magistrat sich dafür einsetzen, dass im Bereich der Ockershäuser Allee die Sensibilität im Straßenverkehr für die unterschiedlichen Nutzer*innen erhöht werden kann, etwa durch das Anbringen von Verkehrsschildern oder die Markierung von Hinweisen auf dem Straßenbelag (im Bereich Seniorenresidenz Ars Vivendi, Waldorfschule, Friedhof), um die Sicherheit insbesondere von älteren Menschen und Kindern zu erhöhen und die immer wieder zu beobachtende Missachtung der Tempo-30-Regelung einzufordern? (Eine permanente Geschwindigkeitsanzeige wäre hier sicher sinnvoller als nur eine temporäre, die einige Wochen 2021 im Bereich der Bushaltestelle Taubenweg angebracht wurde.)

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Ockershäuser Allee ist vollumfänglich Bestandteil der Tempo 30-Zone Ockershausen. Im Bereich der Waldorfschule sind bereits, wie an allen anderen Schulen und Kindergärten im Marburger Stadtgebiet, gut sichtbare Warnschilder (Vz 136 „Kinder“ mit Zz „Schule“) aufgestellt, die auf die besonderen Gefahren im Schulverkehr hinweisen sollen.

Im Zuge der Beantwortung dieser kleinen Anfrage hat die Straßenverkehrsbehörde beim FD Sicherheit und Verkehrsüberwachung in Erfahrung gebracht, dass die bisherigen Geschwindigkeitskontrollen im Bereich der Seniorenresidenz und in der Ockershäuser Straße unauffällig waren. Die Verstoßquote beträgt auf Höhe der Seniorenresidenz nur 3 % und in der Ockershäuser Straße 5 %. Die gesammelten Daten aus der in der Anfrage erwähnten Messung einer Via-Tafel haben gezeigt, dass die Durchschnittsgeschwindigkeit auf Höhe des Taubenwegs bei 29 Km/h liegt und der v85-Wert bei 34 Km/h. Eine permanente und regelmäßige Missachtung der zul. Höchstgeschwindigkeit kann hier somit nicht unterstellt werden.

Der Regionale Verkehrsdienst der Polizei hat mitgeteilt, dass es in den im Antrag genannten Bereichen keinerlei Verkehrsunfälle dokumentiert sind, an denen Fußgängerverkehr beteiligt ist, oder die aufgrund überhöhter Geschwindigkeit entstanden sind.

Die behördlichen Maßnahmen zur Regelung und Lenkung des Verkehrs durch Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen sollen die allgemeinen Verkehrsvorschriften sinnvoll ergänzen. Da-

bei ist nach dem Grundsatz zu verfahren, so wenig wie Verkehrszeichen wie möglich anzuordnen. Bereits § 1 der StVO verpflichtet die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern zur ständigen Vorsicht und gegenseitigen Rücksichtnahme. Weiterhin haben sich Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer stets so zu verhalten, dass Andere nicht geschädigt, gefährdet oder mehr, als den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt werden. Bereits in diesen allgemeinen und elementaren Grundregeln wird den Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern eine permanente Achtsamkeit abverlangt. Dafür bedarf es keiner gesonderten Beschilderung.

Erfahrungsgemäß ist davon auszugehen, dass mit einer Zunahme der Warnbeschilderung am Straßenrand und großen Bodenmarkierungen die Aufmerksamkeit der fahrenden Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer eher vom Straßenrand abgelenkt wird und sich die Gefahr erhöht, dass querende Menschen eher übersehen werden. Diese Mittel sind daher nur gezielt und sparsam einzusetzen, weil sonst sehr schnell ein Gewöhnungseffekt einsetzt.

Die StVO führt hierzu aus:

Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen sind gem. § 45 Abs. 6 StVO nur dort anzuordnen, wo dies auf Grund der besonderen Umstände zwingend erforderlich ist. Dabei dürfen Gefahrzeichen nur dort angeordnet werden, wo es für die Sicherheit des Verkehrs erforderlich ist, weil auch ein aufmerksamer Verkehrsteilnehmer die Gefahr nicht oder nicht rechtzeitig erkennen kann und auch nicht mit ihr rechnen muss. Insbesondere Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs dürfen nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der Rechtsgüter Leben und Gesundheit erheblich übersteigt.

In Abstimmung mit dem Regionalen Verkehrsdienst sieht die Straßenverkehrsbehörde daher derzeit keine Notwendigkeit weitere Beschilderungen und Markierungen in der Ockershäuser Allee anzuordnen.

Die Aufstellung eines festen Dialogdisplays (Geschwindigkeitsanzeige) im Bereich der Waldorfschule wird jedoch befürwortet und für die Beschaffung aus dem lfd. Haushalt eingeplant. Die Ausschreibung hierfür ist für die Sommermonate vorgesehen, eine Aufstellung könnte somit wahrscheinlich im Herbst erfolgen. Der Standort wird dann gemeinsam mit dem Ortsbeirat Ockershausen festgelegt.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 02

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Winfried Kissel
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Plant der Magistrat die Instandsetzung der Ginseldorfer Grillhütte, wenn ja, was ist konkret geplant und wie ist die Zeitplanung?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 62 - Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Öffnung der Grillhütte Ginseldorf ist zeitnah geplant. Eine Instandsetzung der Hütte war nicht notwendig. Für die defekte Toilettenanlage wurde eine Lösung gefunden, es wird eine Kompost-Toilette aufgestellt. Danach kann die Vermietung erfolgen. Ein Pressetermin folgt.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 03

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Myriam Hövel
Fraktion / Partei:	SPD

Kann der Magistrat bitte Auskunft über den Wegfall der Altpapiertonnen am Marbacher Bürgerhaus geben.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 62 - Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Papierpresse am BGH Marbach wurde im Jahr 2019 für die Öffentlichkeit geschlossen.

Der Verschlag sowie der Bereich davor, wurden immer wieder durch große Mengen von Altpapier, welches an Wochenenden und nach Dienstschluss dort einfach abgestellt wurde, stark verunreinigt.

Es war für die Kollegen vor Ort nicht zumutbar, regelmäßig diese Verunreinigungen zu beseitigen. Teilweise musste der Bereich mit Hilfe von Mitarbeitern des DBM gereinigt werden, was mit zusätzlichen Kosten verbunden war. Zur Dokumentation der Verunreinigungen fügen wir Fotoaufnahmen bei.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 04

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Myriam Hövel
Fraktion / Partei:	SPD

Der Magistrat möge bitte Auskunft über die defekte Ampelanlage an der der „Brunnenstraße“/ Ecke „Engelsberg“/ Ecke „Auf der Hube“ in der Marbach geben.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Fußgängerschutzanlage (FSA) Brunnenstraße/Auf der Hube ist irreparabel. Der Grund hierfür liegt darin, dass das es für das mittlerweile 37 Jahre alte Steuergerät der FSA keine Ersatzteile mehr auf dem Markt gibt und der Service durch die Wartungsfirma bereits seit längerem abgekündigt ist.

Die alte FSA kann wegen geänderter rechtlicher Voraussetzungen und der fehlenden Barrierefreiheit nicht ohne Weiteres gegen eine neue FSA getauscht werden. Hierfür wäre eine neue verkehrsrechtliche Anordnung notwendig. Diese kann seitens der Straßenverkehrsbehörde jedoch nicht erteilt werden, da hier weder die für eine FSA notwendige Querungszahl, noch die notwendige Verkehrsbelastung erreicht wird. Das Gleiche gilt für einen Fußgängerüberweg an gleicher Stelle. Die FSA wird daher zeitnah abgebaut.

Die Verkehrssituation wurde durch die Straßenverkehrsbehörde vor und nach dem Ausfall der FSA mehrfach, insbesondere im Schulverkehr besichtigt, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können.

Derzeit stehen die Straßenverkehrsbehörde und der FD Tiefbau mit dem Ortsbeirat Marbach im Gespräch, wo eine Fahrbahneinengung gebaut werden kann, um die Überquerung der Brunnenstraße zu erleichtern. In diese Gespräche war zu Beginn auch die Grundschule Marbach und der FD Schule eingebunden. Der Bau der Querungshilfe wird voraussichtlich im Sommer, zusammen mit einer anstehenden Vollsperrung der Brunnenstraße erfolgen. Durch Warnbaken wurden mehrere Optionen getestet.

Der Einbau von Fahrbahneinengungen als Ersatz für FSA hat sich in den vergangenen Jahren bereits an anderen Stellen im Stadtgebiet sehr bewährt.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 09

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Winfried Kissel
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Hat der Oberbürgermeister bei seinem Termin mit dem türkischen Generalkonsul Erdem Tuncer die Themen: Menschenrechte, Religionsfreiheiten und die Frauenrechte in der Türkei angesprochen? Aus der Presse war dieses nicht zu entnehmen.

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Ja, selbstverständlich.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 10

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Birgit von Bargen
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Wie ist der Sachstand in Bezug auf die Umgestaltung des Parkplatzes an der Schützenstraße/Ortenbergsteg vor der ehemaligen Eisdiele und besteht eine Möglichkeit, die asphaltierte Fläche auf dem Sportplatz der Käthe-Kollwitz-Schule wegen wegfallender Parkplätze unter Umständen in die Umgestaltung miteinzubeziehen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Wunsch der Stadtteilgemeinde Ortenberg, den Schützenplatz vom ruhenden PKW-Verkehr zu befreien und die Aufenthaltsqualität durch eine neue Platzgestaltung zu erhöhen, liegt uns vor. Hierzu gab es bereits erste Überlegungen, die in einem Bürger*innenbeteilungsprozess gemeinsam mit den künftigen Nutzer*innen diskutiert und weiterentwickelt werden sollen. Der Startpunkt dieses Beteiligungsprozesses steht in Abhängigkeit mit den Ergebnissen des MoVe35-Prozesses, insbesondere bezogen auf die Parksituation am Ortenberg. Ein wesentlicher Fokus wird, im Sinne der Gestaltung der Mobilitätswende, auf der Bündelung des ruhenden Verkehrs liegen. Freiwerdende Flächen sollen für die Attraktivitätssteigerung der Aufenthaltsqualität sowie die Förderung der Verkehrssicherheit des Fuß- und Radverkehrs genutzt werden.

Bei der Platzgestaltung wird auch das Umfeld mit einbezogen. Die angesprochene Sportplatzfläche wird allerdings vorrangig in die Neubauplanungen für die KiTa Geschwister-Scholl-Straße einbezogen werden.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Birgit von Bargen
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Die Studien- und Lebensgemeinschaft Tabor hat den Eltern und Erziehungsberechtigten, die ihre Kinder im Kindergarten Tabor am Ortenberg betreuen lassen, mitgeteilt, dass der Betrieb des Kindergartens im Sommer 2022 eingestellt wird. Den Erzieherinnen wurde gekündigt, neue Anmeldungen werden nicht mehr entgegengenommen. Ist dies der Stadt bekannt und gibt es Bemühungen seitens der Stadt, einen neuen Träger für den Kindergarten zu finden, um seine

Schließung zu verhindern?"

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 58 - Kinderbetreuung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Mit Schreiben vom 22.12.2021 teilte der Träger Tabor der Stadt Marburg mit, dass er sich kurzfristig, aber vertragsgerecht, aus der Kinderbetreuung zurückziehen möchte. Der Vertrag mit dem Träger erlaubt bei einer Kündigung zum 31. 12. ein Einstellen des Betriebs zum 30.6. des Folgejahres. Insofern ist die Aussage richtig, dass der Träger TABOR den Betrieb einstellt.

Da der Träger mit seiner Einrichtung und den 43 Plätzen zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs in der Stadt Marburg beiträgt, dürfen diese Plätze – auch aufgrund der innenstadtnahen Lage - nicht wegfallen. Die derzeit dort betreuten Kinder und ihre Familien brauchen eine verlässliche Betreuungsperspektive. Auch für das Gebiet Ortenberg sind die Plätze für die Zukunft unverzichtbar. Folgende Lösung wurde erarbeitet:

Der Träger Tabor stellt das vorhandene Gebäude inklusive Außengelände für eine Übergangszeit für die Kinderbetreuung zur Verfügung. Der Träger Tabor ist bereit, die Betreuung noch bis zum Ende des Kindergartenjahres am 12.8.2022 sicherzustellen.

Der Gesamtverband ev. Kitas übernimmt die Trägerschaft zum 2. 9. Der Träger betreibt in der Stadt Marburg bereits 10 Kinderbetreuungseinrichtungen und ist ein geschätzter und verlässlicher Kooperationspartner.

Die notwendigen Verträge mit Tabor und dem Gesamtverband sind inzwischen vom Magistrat beschlossen.

Die Betreuung wird für Eltern und Familien bruchlos fortgesetzt, es werden laufend Kinder weiterhin aufgenommen. Für Eltern wird sich sogar eine Verbesserung ergeben, da der neue Träger bereit ist, die Öffnungszeiten an den allgemein für sinnvoll erachteten Standard von 07.00 bis 17.00 Uhr anzupassen.

Ein erstes Gespräch zwischen neuem Träger und vorhandenem Personal hat ebenfalls stattgefunden. Sobald die Verträge nach dem Magistratsbeschluss unterzeichnet sind, wird es einen Elternabend geben, bei dem sich der neue Träger vorstellt.

FAZIT: Die Einrichtung wird demnach nicht geschlossen, sondern kann auf Grund des Trägerübergangs bruchlos den Betrieb weiter führen. Die Betreuungssituation ist für die Familien verlässlich und planbar und hat sogar eine verbesserte Dienstleistung durch erweiterte Öffnungszeiten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Gespräch mit dem neuen Träger bezüglich ihrer Wünsche zu einer Beschäftigung im Gesamtverband der ev. Kindertageseinrichtungen. Der Gesamtverband hat deutlich gemacht, dass er sich über Interessensbekundungen des bestehenden Personals freut.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Jelena Noe
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Wie ist der Sachstand bezüglich Um-/Neubau der Obdachlosen-Notunterkunft und der Tagesaufenthaltsstätte an der Gisselberger Straße? Was ist genau geplant in welchem Zeitrahmen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

<u>Stellungnahme/Antwort:</u>

Das Projekt befindet sich in der Bedarfsplanung. Insbesondere durch die Pandemie haben sich Änderungen des Raumprogrammes ergeben. Aspekte des Infektionsschutzes müssen in der Planung berücksichtigt werden und haben zu deutlichen Flächenänderungen geführt, die

höhere Investitionskosten verursachen. Zwischen den zuständigen Dezernent*innen, der Verwaltung und den Akteur*innen im Haus besteht Einvernehmen am vorhandenen Standort in der Gisselberger Straße einen Ersatzneubau zu errichten. Alternativ läuft derzeit noch eine Anfrage für ein mögliches weiteres Grundstück. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Am 17. Mai findet zwischen den zuständigen Mitarbeiter*innen der Verwaltung und den Akteur*innen ein Gespräch statt zum Sachstand und den nächsten Schritten. Hierzu wird die endgültige Festlegung des Standortes, die Überarbeitung und Verabschiedung des Raumprogrammes gehören. Vor der Sommerpause wird es im Rahmen des Bauinvestitionscontrollings, AGA, Anlage 21 eine Vorlage an den Magistrat zur Anerkennung des geänderten Bedarfes geben. Im Anschluss daran sollen die Planungsleistungen ausgeschrieben werden. Planungsbeginn ist für Herbst 2022 vorgesehen.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Dirk Bamberger
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Nach welchen Kriterien werden Institutionen, Verlage und Journalisten im Presseverteiler der Stadt Marburg berücksichtigt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 13 - Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

<u>Stellungnahme/Antwort:</u>

Der Fachdienst Presse- und Öffentlichkeitsarbeit pflegt mehrere Presseverteiler zur gezielten Ansprache von Medien und Journalist*innen, Presseagenturen und Pressestellen sowie Institutionen, Behörden und anderen Multiplikator*innen. Die verschiedenen Presseverteiler werden anlassbezogen verwendet.

Die Kriterien für die Zusammensetzung der verschiedenen Presseverteiler sind:

1. lokale Verbreitung:

Der „kleine Presseverteiler“ wird genutzt für Mitteilungen an lokale und regionale Medien zu Themen mit lokaler und/oder regionaler Bedeutung.
Der „große Presseverteiler“ wird genutzt für Mitteilungen zu Themen von überregionaler Bedeutung.

2. Medien:

Aufgenommen in die verschiedenen Presseverteiler sind Print-, Rundfunk-, Onlinemedien und freischaffende Journalist*innen, die laut Medienstaatsvertrag als „Rundfunk“ und „journalistisch-redaktionelle Telemedien“ oder gemäß Landespressegesetz als „Presse“ zur öffentlichen Kommunikation und Meinungsbildung beitragen.

3. Verwandte Institution:

Aufgenommen sind zusätzlich lokale und regionale Pressestellen der öffentlichen Hand (Landkreis), städtische Gesellschaften, Stadtmarketing, Philipps-Universität etc.

4. Anlass/Zielgruppe:

Einladungen zu Pressekonferenzen sind auf die Zielgruppe Medien/Presse beschränkt.

Pressemitteilungen werden an alle Verteiler versandt.

Auf ausdrücklichen Wunsch sehbehinderter Journalist*innen in Marburg gibt es noch einen separaten Presseverteiler, über den ausschließlich Mails ohne Fotoanhang geschickt werden.

Grundsätzlich veröffentlicht die Pressestelle alle versandten Pressemitteilungen tagesaktuell auf www.marburg.de. Zusätzlich bietet die Stadt über ihre Homepage einen Newsletter zum Abonnieren an, der einmal täglich alle neuen Mitteilungen per Mail zuschickt – serverschonend als Linkliste mit Teasertexten.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Wie stellt der Magistrat sicher, dass der Feldweg zwischen Cappel und Gisselberg, der lediglich für den landwirtschaftlichen Verkehr motorisiert nutzbar ist, nicht als „Schleichweg“ für PKW genutzt wird, wenn punktuelle Kontrollen und die Beschilderung offenbar nicht ausreichen? Wie kann in diesem Bereich insbesondere die individuelle Sicherheit von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sowie Menschen, die Sport treiben (z.B. joggen oder Inline-Skater fahren) gewährleistet werden, wenn diese grundsätzlich nicht von Verkehrsbehinderungen ausgehen, aber dennoch durch plötzlich vorbeifahrende PKW in Gefahr gebracht werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Eine Sperrung für den für den Individualverkehr wäre nur durch bauliche Schranken oder Pfosten tatsächlich durchzusetzen. Diese haben sich in vergleichbaren Fällen aber nicht bewährt, da sie regelmäßig beschädigt oder gestohlen werden. Außerdem sollen nach einem Erlass des HMWEVW bauliche Sperren auf Wegen, die dem Fuß- und Radverkehr dienen vermieden werden, da diese in der Dämmerung und Dunkelheit eine erhebliche Unfallgefahr darstellen.

Der FD Sicherheit und Verkehrsüberwachung kontrolliert die Durchfahrt durch das Cappeler Feld stichprobenartig und verwarnt Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, die dort unberechtigt fahren. Aufgrund der zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Pandemiebekämpfung sind diese Kontrollen reduziert worden, werden nun aber wieder häufiger durchgeführt.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Matthias Pozzi
Fraktion / Partei:	AfD

In der Universitätsstraße sind um neugepflanzte Bäume hochwertige Stahlkäfige, wohl aus Schutzgründen, verbaut worden. Was kostete diese Maßnahme insgesamt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Bei der Pflanzung von Bäumen in vielbefahrenen Straßen oder Straßen mit Parkverkehr auf dem Bürgersteig ist es sinnvoll, hochwertige Baumschutzeinrichtungen anzubringen. Beschädigungen von Jungbäumen führen häufig zum Absterben oder dazu, dass die Bäume wegen der Schäden ausgetauscht werden müssen. Dies verursacht hohe Kosten, zumal die Verursacher häufig nicht ermittelt werden können. Daher wurden in der Universitätsstraße Baumschutzbügel im Rahmen der Bepflanzung des Straßenausbaues an 73 Standorten montiert, um die Neupflanzungen zu schützen.

Dies wurde in 2011/12 ausgeführt und kostete insgesamt ca. 32.000 EURO brutto.

Wir gehen davon aus, dass durch die Baumschutzbügel zahlreiche Beschädigungen an Bäumen verhindert werden konnten.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Matthias Pozzi
Fraktion / Partei:	AfD

Die im April durchgeführten Kontrollen in Shisha Bars ergaben ein desaströses Ergebnis, was Gesundheit und rechtskonformes Handeln anlangt. Wie will die Stadt auf dieses Verhalten künftig reagieren bzgl. Neugenehmigungen, Verlängerung der Konzession und gesundheitlicher und gefahrenabwehrender Auflagen? Wird es hier entsprechende Anpassungen / Verschärfungen im Genehmigungsprocedere geben?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Gaststätten bedürfen einer baurechtlichen Genehmigung. Allerdings ist die Nutzung einer genehmigten Gaststätte als Shisha-Bar baugenehmigungsfrei. Baugenehmigungen liegen bei den kontrollierten Shisha-Bars vor. Konzessionierungen oder Befristungen sind gesetzlich nicht vorgesehen. Ein Einschreiten des Fachdienstes Bauaufsicht ist daher erst nach Bekanntwerden von bauordnungsrechtlichen Missständen möglich. Bei Gaststätten mit Shisha-Angebot muss eine ausreichend dimensionierte Abluftanlage sowohl im Gastraum, als auch an der Anzündstelle vorhanden sein. Der wesentliche Bestandteil der bauaufsichtlichen Prüfung bei Bekanntwerden von Mängeln besteht darin, die Betriebssicherheit und Wirksamkeit der verbauten Lüftungsanlagen durch qualifizierte Fachingenieure nachweisen zu lassen.

Der Betrieb einer Gaststätte ist anzeigepflichtig; es erfolgt eine Überprüfung der persönlichen und wirtschaftlichen Zuverlässigkeit des Gastgewerbetreibenden. Es ist beabsichtigt, den Betreiber*innen von Shisha-Bars zur Auflage zu machen, die Abluftanlage ab dem Moment in Betrieb zu nehmen, in dem die Anzündstelle für Shishas angeschaltet wird und während der gesamten Öffnungszeiten betrieben werden muss. Die Anbringung von ausreichend Kohlenmonoxid-Warnmelder im Gastraum sowie an der Anzündstelle ist bereits Auflage.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Michael Selinka
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Wie viele Tische sind für die Veranstaltung „Tischlein deck Dich“ auf der B3 an Pfingsten im Rahmen von Marburg800 an welche Organisationen, Vereine und Gruppen (bitte aufschlüsseln) vergeben worden?

Stellungnahme/Antwort durch:	7.3 Stadtjubiläum "Marburg800"
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die vergebenen Tische wurden zwecks besserer Übersichtlichkeit für die Besucher*innen in 50er Blöcken zusammengefasst und werden auch im Studier mal Marburg/Sonderausgabe zum „Tischlein“ auf der Stadtautobahn veröffentlicht werden. An folgende Vereine/Institutionen wurden Tische vergeben:

Block 1: 1 - 50

Oberhansl | Sparkasse Marburg-Biedenkopf und Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen | Citypastoral | Freundeskreis Bauhofer | ARS16 and Friends | Gymnasium Philippinum Marburg | Abendschulen Marburg | ESELSBRÜCKE Marburg, Verein Spielwerk Marburg | Studenten bilden Schüler, Standort Marburg | Philipps-Universität Marburg, Centrum für Nah- und Mittelost-Studien | Projekt BESTFORCAN, Fachbereich Psychologie, Philipps-Universität Marburg | Forschungszentrum Deutscher Sprachatlas | Collegium Philippinum - Hessische Stipendiatenanstalt Marburg | Potluck - Weiterbildung für kulturelle Vielfalt | Randi Grundke | Gleichberechtigungsreferat der Universitätsstadt Marburg mit Partnerstädten

Block 2: 51 - 100

Freitagsstammtisch - Typisch Marburg | Familie Garcia-Reddemann-Ugatai-Santelia-Laufner | Marburger Schlosskonzerte | Atlachinolli | Urban Sketchers Mittelhessen | kollektiv von morgen | FrauStrauss - Keramik selbst bemalen | Kreativ-Netzwerk MR7 | Fast Forward Theatre | Theater GegenStand | Hessisches Landestheater Marburg | Freundeskreis Hessisches Landestheater | Verein Deutsch-Schwedischer Freundschaftsverein Marburg | SENEGALVEREIN Marburg | Blaue Linse Marburg - Zusammenschluss für gestaltende Fotografie | Marburger Kunstverein | Marburg Stadt und Land Tourismus | Verein AFS Interkulturelle Begegnungen Komitee Marburg | KunstWerkStatt Marburg | Atelier Zwischen den Häusern | KFZ Marburg | Freundeskreis Marburg-Sfax | Druckwerkstatt Marburg | Stadtverwaltung Eisenach und Verein Eisenacher Städtepartnerschaften und Eisenach Wartburgregion Touristik | Deutsch-Französische Gesellschaft Marburg | CARITAS JUGENDHILFE Marburg | Caritasverband Marburg | Caritasverband Marburg, Haus der Begegnung St. Vinzenz | Malteser Hilfsdienst Ambulanter Hospizdienst und weitere Malteserdienste | Verein Pro Mater Sano

Block 3: 101 - 150

Stiftung Marburger Mission | Elterninitiative für leukämie- und tumorerkrankte Kinder Marburg | Compassion Deutschland | MObiLO | Tafel Marburg | Bewohnernetzwerk für Soziale Fragen, Netzwerk Richtsberg | Fachdienst Bürger*innenbeteiligung | Johanniter-Unfallhilfe-Marburg | TERRA TECH Förderprojekte | Verein Leben mit Krebs Marburg | Lionsclub Marburg-Elisabeth von Thüringen | Verein Frauen helfen Frauen Marburg | Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg | SwinG | Demenzwohngruppe am Germanenplatz | Alzheimer Gesellschaft Marburg-Biedenkopf | Verein für Waldorfpädagogik Marburg - Freie Waldorfschule Marburg | Marburger Burgenarbeitskreis | Hephata Ergotherapieschule Fokus | Verein Spielebrücke | Maria-von-Bethanien-Schule | Vereinsgemeinschaft Ockershausen | Geselligkeitsverein Deutschlands Zukunft Ockershausen 1948 | Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf | Familie Klosok und Nachbarn | Björn Heinrich | NAHTelier | Familie Obermann-Guillery | Imkerverein Marburg und Umgebung | Damian Mainka | Essen zu 8 | Pro Retina Deutschland | Philipp-Universität Stabsstelle Fundraising und Alumni-Service | Philipps-Universität Marburg, Stabsstelle Fundraising und Alumni-Service in Kooperation mit dem Botanischen Garten

Block 4: 151 - 200

Philipps-Universität Marburg | Studieren Ohne Grenzen Lokalgruppe Marburg | Geschichtswerkstatt Marburg | Beratungs- und Schulungszentrum der Deutschen Blindenstudienanstalt | Rehabilitationseinrichtung der Deutschen Blindenstudienanstalt | Fachschaft Mathematik und Informatik | Kindertagespflege Unser Regenbogen | Hebammenpraxis Das Marburger Storchennest

| Katholische Hochschulgemeinde Marburg | Fachbereich Physik, Philipps-Universität Marburg | Volkshochschule Marburg | Siedlergemeinschaft Badestube | UND Marburg. Kirche die verbindet | Heimat- und Kulturverein Elnhausen | Ortsbeirat Elnhausen | Klatschweiber | Erika und Adolf Kraft | Jüdische Gemeinde Marburg und Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit | Glaubenshof Cyriaxweimar | Evangelische Gemeinschaft Marburg-Ortenberg | BRASA - Marburger Zentrum für brasilianische Kultur | Ortenberggemeinde | Egon Vaupel und Lions-Club | Evangelische Kirche am Richtsberg - Der Kochlöffel | Orientalische Christen St. Michael Verein | Geschichts- und Kulturverein Wehrda | Evangelische Kirchengemeinden in Marburg und Evangelische Jugend Marburg

Block 5: 201 - 250

Band Allna-Toura | Liedermacherin Beate Lambert | Trachtengruppe Wollmar | Ausländerbeirat der Universitätsstadt Marburg | LineDanceClub 2020 | pro familia Marburg | Rotary Club Marburg-Schloss | Asylbegleitung Mittelhessen | Verein Initiative Afghanisches Hilfswerk | KIWANIS Club MARBURG | AG Freizeit | Blinden- und Sehbehindertenbund in Hessen | Zonta Club Marburg | Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf | Netzwerk Ehrenamt, Flucht und Integration | Jonas Aab | Aids Hilfe Marburg | Familie Westhoff und Mahnke | Familie Pauli | Frollein-Stammtisch Weidenhausen | Alexandra Gießler | Das Fischteich - Dreieck | Kulturförderung | Metalstammtisch | Endzeit-LARP | Richtsbergemeinde Marburg | Freie evangelische Gemeinde Marburg | Hessische Volkskunstgilde | Aktive Bürger*innen Cappel

Block 6: 251 - 300

Matthäuskirche Marburg Ockershausen | Männerchor Ockershausen 1867/88 und gemischter Chor Ock-tave | Stadtverwaltung Amöneburg und Amöneburg 13Hundert | Amöneburg 13Hundert | Freundschaftsverein Marburg-Kurdistan | SPD Unterbezirk Marburg-Biedenkopf und Stadtverband der Marburger SPD | AG 60 plus SPD Stadt Marburg | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Kulturhorizonte | Marburger Bündnis Nein zum Krieg | Die Linke Marburg Biedenkopf | SDS Marburg | Anarchistische-Pogo-Partei-Deutschland | Die PARTEI, Kreisverband Marburg-Biedenkopf | Piratenpartei Marburg-Biedenkopf | Junge Europäische Föderalisten, Kreisverband Marburg-Gießen | Klimaliste Marburg und Marburg-Biedenkopf | Seebrücke Marburg | akTIERismus - Tierrechtsinitiative Marburg | Das Kinder- und Jugendparlament Marburg | Kreisjugendparlament Marburg-Biedenkopf | Kinderschutzbund Marburg

Block 7: 301 - 350

Bürgerinitiative Sozialpsychiatrie | Selbsthilfe-Kontaktstelle Marburg | Förderverein Or-

ganspende | Familie Gräser | Familie Kappen und Nachbarn | Heinrich W. Pfeiffer - Marburger Nachtwächter Kräuterlikör | Familie Bolduan | Hofgemeinschaft Missomelius | WG unten, Andreas Götz | GaLi-Baba 1000 und 1 Idee und Familie Meistrell | Familie Fett | Mit Sicherheit Verliebt Marburg | Familie Randt | Kindertagesstätte Weißer Stein | Suchtberatungsstelle Blaues Kreuz | Mädchenwohngruppe St. Elisabeth Verein | KILOLADEN der TAFEL Marburg | Vitos Gießen-Marburg | Häusliche Kinderkrankenpflege Marburg | | Fachdienst 58 Kinderbetreuung mit den städtischen Einrichtungen und Einrichtungen der Freien Träger

Block 8: 351 - 400

Wenn du doch geredet hättest! Selbsthilfegruppe Depression im Haus der Begegnung | Zentrum Hilfe zur Selbsthilfe | Wagner, Björn, Patricia, Aiden, Charlotta | Eine-Welt-Kugel-Kreis | Sabine Visosky-Becker | Reisegruppe Prölß zu Ehren der Jubilarin Barbara Prölß | Nachbarschaft Dörfflerstraß | Martin-Luther-Schule Marburg | Freundestisch | Back to the Roots | Raphael Peter und befreundete Familien, | Der ganz normale Mittwochsstammtisch | Thomas Seibel | Die Teichmänner | Der Funke | Lutherische Pfarrkirche St. Marien - Kerner-Netzwerk | Südstadtgemeinde Marburg | Ketzerbachgesellschaft mit Förderverein Feuerwehr Marburg-Mitte und weitere Ketzerbächer Vereine | Ortsbeirat und Ortsvereine Moischt | Hansenhausgemeinde 1934 | Christus-Treff | Con:Text | WIR Vielfaltszentrum, Universitätsstadt Marburg Initiative Malen für Marburg | Magisches Marburg | Fachdienst Hochbau | Fachdienst Umwelt, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel

Block 9: 401 - 450

Freiwillige Feuerwehr Dilschhausen | Begegnungszentrum Auf der Weide | Marburger Chor 1949 | Chorgemeinschaft des MGV 1863 Cappel | CHÖRE KULTUR HAUS in Kooperation mit Musikschule Marburg | Musikschule Marburg | Universitätschor Marburg | Oberstadtbüro | Dezernat für Internationale Angelegenheiten der Philipps-Universität Marburg | Stiftung Marburger Medien | Marbuch Verlag | Rathaus-Verlag | Hitradio FFH | Maribel und Frühe Hilfen | DRK-Schwesternschaft Marburg | Bildungswerkstatt der hessischen Wirtschaft | Z. DIE ZAHNÄRZTE | Pausch Malerbetrieb | Gäst_innenhaus Jakob | Jugendherberge Marburg | Büchner-Verlag | Tim Schneider | Team Mensa Supreme | Jan Steinbach | Borat Tanzfangruppe Marburg

Block 10: 451 - 500

Hanna Grunert | Hans Christian Sommer | Dilan Laylany-Rodriguez | Familie Victoria Stratmann | Stammtisch - 480 Jahre Marburg | Galerie Haspelstraße EINS | Campus TV Marburg | Deutscher Alpenverein Sektion Marburg/Lahn | Reisegruppe Sonnenschein | Kita Sonnen-

blume, Kinderzentrum Weisser Stein - Marburg-Wehrda | Kindertagesstätte Weißer Stein | terre des hommes / Internationales Kinderhilfswerk - AG Marburg | Arbeiterkind | CCP Software | Mobiles Reklame-Museum | Orthozema, Orthopädisches Zentrum Marburg | Praxis GmbH | Neue Arbeit Marburg | Verein für Bildung und Beratung | Solida Holz | Orthopädieschuhtechnik Baum | Swinging Wodka Lemon Gang | Familie Kunert | Familie Wieczorek | Behrens Projektmanagement | Freunde und Nachbarn vom Hasenberg

Block 11: 501 - 550

Kreishandwerkerschaft Marburg-Biedenkopf | Klinik Sonnenblick | Stadtmarketing Marburg | Agentur für Arbeit Marburg | Arbeitskreis der Marburger Gästeführer | Kleines Marburg-ABC. Neuer Stadtführer | DGB Region Mittelhessen | ver.di-Betriebsgruppe an der Philipps-Universität | IG Marss - INITIATIVGRUPPE MARBURGER STADTBILD UND STADTENTWICKLUNG | Verein Phlink - Studentische Unternehmensberatung Marburg | Pulse of Europe Marburg | Diakonissen-Mutterhaus Hebron | Evangelische Trinitatiskirchengemeinde Wehrda | Initiative für Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit Ockershausen-Stadtwald | Waldtalgemeinde Marburg an der Lahn | Tanz- und Trachtengruppe Ginseldorf | Frauenkammerchor Marburg | ev. Kirchenchor Cappel | MGV 1894 Ebsdorf, Chor Neue Töne und Männergesangsverein Ebsdorf | Musikabteilung des VfL 1860 Marburg

Block 12: 551 - 600

Katholische Kirche in Marburg und Fronhausen | Bildungszentrum Handel und Dienstleistungen | Bürgerinitiative Lebensqualität Oberstadt | Ortsbeirat Dagobertshausen | AG Mobilität und Versorgung der Marburger Außenstadtteile | Landkreis Marburg-Biedenkopf | Kaufhaus Ahrens

Block 13: 601 - 650

Krasse Terasse WG | Christoph Trusheim | Arbeit und Bildung | fib | Lebenshilfewerk Marburg-Biedenkopf | Studentenwerk Marburg | Initiative Solidarische Welt Weltladen Marburg

Block 14: 651 - 700

GartenWerkStadt Marburg Verein zur Förderung von Naturerfahrungen | Steuerungsgruppe Fairer Handel der Stadt Marburg | Ovinho Portugal-Import | Ernährungsrat Marburg und Umgebung | Solidarische Landwirtschaft Marburg | Marburger Tauschring | Fachdienst Gesunde Stadt | Nudelclub Marburg | Fermentos Biertastings | The Whisky Club Marburg | Green Office Initiative der Philipps-Universität Marburg | MarburgZero (Lokalgruppe von GermanZero |

#makedamagevisible | Greenpeace Marburg | Lahntaucher Marburg | Marburg Alu frei – Aktion des Klimabündnis Marburg| NaturFreunde Marburg | VCD Kreisverband Marburg-Biedenkopf | BI Verkehrwende | Attac Marburg | Klimabonus | Solidarburg Nachbarschaftshilfe | Repair Café | Bund für Umwelt und Naturschutz | Parents for Future | Streuobstfreunde | Naturschutzbund | Sea-Eye Lokalgruppe Marburg

Block 15: 701 - 750

KOMBINE (Kommunale Bewegungsförderung zur Implementierung der Nationalen Empfehlungen) | Tischball-Sportgruppe Marburg | Marburger Ruderverein von 1911 | FV Wehrda 1919 | VfB 1905 Marburg | Shidokan Shirasagi Dojo Marburg | Radsportverein Dynamo Bortshausen | Fechtclub Marburg | Die Nebenbouler | Boulefreunde Marburg | Kurhessischer Verein für Luftfahrt von 1909 Marburg-Schönstadt | VfL 1860 Marburg Leichtathletik | Familie Kuske | Oberhessischer Gebirgsverein - Zweigverein Marburg | MarburgRadeln | Billardfreunde '86 Marburg | Sportfreunde Blau Gelb Marburg - Alte Herren Fußball | TSV Kirchhain | weltmeisterliche BecherstaplerInnen aus Marburg und Umgebung | Squad Kirchhain | Slackline Mittelhessen

Block 16: 751 - 800

Basketballclub Marburg | Gymnastikgruppe 2000 Großseelheim | Roller Derby Marburg | Yoga-Raum Marburg | TV Gladenbach Dancing Hornets und Tanz Bienen | DLRG Ortsgruppe Marburg - Jugend | Schornsteinfeger Marburg-Biedenkopf | Marburg Saints Lacrosse | Verein Umweltpiraten | Oberhessische Presse

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Welche Haltung nimmt der Magistrat der Universitätsstadt Marburg zu inzwischen gescheiterten

Plänen des Direktors der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) Dr. Jehn ein, ausgerechnet die Grablegung des Antidemokraten und Monarchisten Hindenburg in der Elisabethkirche als einen „Positiven Ort der Demokratiegeschichte in Hessen“ einzuordnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat begrüßt die Entscheidung, das Grab von Reichpräsident Hindenburg und seiner Frau Gertrud Hindenburg nicht als positiven Ort der Demokratiegeschichte in Hessen aufzuführen. Seine Rolle in der Weimarer Republik bis hin zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ist historisch gründlich untersucht und das historische Fazit bekannt: Er trug entscheidend zum Aufstieg des Nationalsozialismus bei. Die historische Figur Hindenburg scheint daher wenig geeignet als Positivbeispiel der Demokratiegeschichte.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Inge Sturm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Baruch Strauß bot 1938 nach Anzündung der Synagoge und dem unerhörten Judenpogrom in Marburg, die Bildersammlung seiner Söhne, die zwischenzeitlich in die Emigration nach Holland gegangen waren, dem Universitätsmuseum in Marburg zum Kauf an. Die Universität lehnte ab weil sie keine Kunst von Juden kaufte. Kann die Stadt dem ursprünglichen Wunsch, der aus der Not handelnden Familie Baruch Strauß, noch nachträglich nachkommen oder auch die rechtmäßigen Erben ausfindig machen um zu überlegen was mit den Bildern geschehen soll?

Quelle: Bernd Küster "Carl Bantzer" Hitzeroth Verlag

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat der Stadt Marburg bedankt sich für diese Anfrage zur Provenienzforschung, die wichtige Themen wie Raubkunst von Kulturgütern vor und während des Nationalsozialismus‘ aufgreift.

Nach Abstimmung mit dem Stadtarchiv, dem Universitätsarchiv und dem Kunstmuseum der Philipps Universität Marburg ergibt sich folgender vorläufiger Kenntnisstand.

Stadt Marburg

Das Inventar der Bildersammlung im Stadtarchiv verzeichnet keine Bilder mit der Provenienz Baruch Strauß. Auch konnten keine Akten über einen Ankauf der Bildersammlung Strauß durch die Stadt in den dreißiger Jahren ermittelt werden. Die wirkungsvollste künstlerische Beziehung zwischen Familie Strauß und der Stadtverwaltung Marburgs scheint die Stiftung des aktuell diskutierten Rathausbilds von 1927 zu sein.

In der in der Anfrage 19 erwähnten Monografie über Carl Bantzer von Bernd Küster heißt es auf den Seite 302 bis 303, dass die Brüder Karl und Albert Strauß 1936 in die Emigration nach Holland gegangen seien und das Marburger Bankhaus Strauß von der Deutschen Bank übernommen wurde. Ihren privaten Sammlungsbestand an hessischer Malerei hätten sie von ihrem Vater Baruch Strauß (1842–1914) veräußern lassen.

Da Carl Strauß (* 1872), der ältere Sohn des Firmengründers, neuerer Forschung nach bereits 1926 gestorben sein soll, das Unternehmen offenbar schon 1929 an die Dresdner Bank verkauft wurde (Friedrich, S. 25) und der Vater Baruch Strauß ebenfalls bereits 1914 gestorben sein soll, ist die vorliegende Forschung widersprüchlich und also revisionsbedürftig (Vgl. Auch Kirschner S. 51; 58ff).

Auch über Art und Umfang von Erwerbungen, die der ansässige Handel oder der Landkreis gemacht haben könnten, liegen dem Fachdienst in der Kürze der Zeit keine belastbaren Erkenntnisse vor. In ihren Besitz sollen laut Küster die Sammlung sowie die große hessische Landschaft Otto Ubbelohdes und der „Frühlingsspaziergang“ von Wilhelm Thielmanns „für wenige 1000 Mark“ übergegangen sein sowie zwei Waldausblicke Bantzers und eine Landschaft von Paul Baum, die der Landrat selbst gekauft haben soll.

Universität und Universitätsmuseum

Dies gilt ebenso für ein mögliches Angebot von Bildern der Familie Strauß im Jahr 1938 an das Universitätsmuseum. Hierzu gibt es keine Unterlagen in der Überlieferung des Universitätsarchivs und des Museums. Offene Fragen, die die Beziehung zwischen der Universität, dem Museum einerseits und der Familie Strauß andererseits betreffen wie realisierte Ankäufe bzw. nichtrealisierte Ankaufswünsche des Museums, sind derzeit in Klärung.

Noch im laufenden Jahr 2022 strebt das Museum die Beantragung eines Projektes zur Provenienzforschung an: Mit eingeworbenen Drittmitteln soll ein zeitlich befristetes Forschungsprojekt begonnen werden. Es empfiehlt sich, Fachexpertise zur Befragung und Diskussion der Quellen hinzuzuziehen, da sich Dokumente wie Briefwechsel, die unter Diktaturbedingungen zwischen 1933 und 1945 entstanden sind, nicht schnell und leicht verstehen und werten lassen.

Zielführend wäre es zudem, einen Kontakt zu möglichen Nachfahren der Familie Strauss herzustellen. Das Museum für Kunst und Kulturgeschichte ist daran sehr interessiert und würde eine Kontaktvermittlung durch die Stadtgesellschaft begrüßen.

Zusammenfassend empfehlen der Magistrat der Stadt Marburg und die Universität eine wissenschaftliche Aufarbeitung der durch die kleine Anfrage angestoßene Fragestellung im Rahmen des geplanten Projekts zur Provenienzforschung oder im Rahmen einer städtischen Beauftragung einer*s externe*n Fachwissenschaftlers*in, der*die sich allerdings eng den Universitätsaktivitäten abstimmen sollte.

Auf Basis einer dann tragfähigen Erkenntnislage wäre – ausgehend etwa von dem Rathausbild von Carl Bantzer „Lauf des Lebens“, das ebenfalls aus der Sammlung Strauß stammt – z.B. eine kulturgeschichtliche Ausstellung im Jahr 2024 denkbar. Sie könnte am Beispiel der Sammlung Strauß jüdisches Engagement und Mäzenatentum im Kulturbetrieb/ in der Stadtgesellschaft Marburgs der 20er und 30er Jahren (Arbeitstitel) kunst- und kulturwissenschaftlich für das virtuell hybride Stadtmuseum anschaulich und leicht verständlich aufarbeiten.

Quellen:

Bundesarchiv, BArch R 2501/9459: Stichwort: Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe- "Arisierung"

Friedrich, Klaus-Peter: Die Historische Kommission für Hessen und Waldeck und der National-

sozialismus (Ende der 1920er bis Ende der 1960er Jahre).

Kirschner, Albrecht: Universitätskurator Ernst von Hülsen und der Nationalsozialismus

Erarbeitet im Auftrag der Präsidentin der Philipps-Universität Marburg. Prof. Dr. Katharina Krause. Marburg: 2016

Bernd Küster: Carl Bantzer. Marburg: Hitzeroth Verlag, 1993.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Inge Sturm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Falls die Stadt Marburg rechtmäßige Besitzerin der Bildersammlung der Familie Baruch Strauß ist, gibt es darüber Urkunden oder gar Verträge oder ähnlich schriftliches, öffentlich einsehbar?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Zu dieser Anfrage lässt sich nichts abschließendes sagen (s. Stellungnahme zur Klärung Anfrage 19). Die Wahrscheinlichkeit, dass die Stadt rechtmäßige Besitzerin der Bildersammlung ist, erscheint nach dieser kurzen Prüfung als sehr unwahrscheinlich. Urkunden, Verträge oder ähnlich Schriftliches über einen städtischen Erwerb der Sammlung liegen nach erstem Kenntnisstand nicht vor, ebenso wenig sind Bilder aus der Sammlung im städtischen Depot nachzuweisen. Vielmehr ist gemäß der Forschung der Verkauf der Sammlung an die Dresdner Bank im

Jahr 1929 sehr wahrscheinlich.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Isabella Aberle
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Hintergrund:

Gebäudebewohnende Tiere, wie bestimmte Fledermaus- und Vogelarten, haben sich an das Zusammenleben mit uns Menschen angepasst und nicht wenige von ihnen sind in Rückgang begriffen. Sie sind auf Nistplätze und Verstecke an Gebäuden angewiesen, weshalb ihr Vorkommen unmittelbar davon abhängt, ob wir ihnen Platz an diesen einräumen.

Moderne Bauweisen zeichnen sich aber häufig durch glatte Fassaden und einen Mangel an Nischen aus, so dass die Ansiedlung von gebäudebrütenden Vogelarten und Fledermäusen von vornherein ausgeschlossen ist. Mit einfachen Mitteln lassen sich Nistplätze schaffen, die den artspezifischen Anforderungen verschiedener gebäudebewohnender Tierarten gerecht werden und sich gleichzeitig gut in das Gesamtbild des Neubaus einfügen. Nach §9 (1) des BauGB ist dies im Rahmen von Bebauungsplänen durch festgelegte „*… Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft*“ prinzipiell möglich.

Auch bei Sanierungen von Gebäuden, insbesondere bei solchen mit Schieferverkleidung u. ä., Fachwerkhäusern und älteren Gebäuden mit vielen Spalten und ungedämmten Dachböden können Brutnischen oder Quartiere bei Sanierungen verloren gehen. Hier muss Ersatz geschaffen werden da Fortpflanzungs- und Ruhestätten von bspw. Vogel- und Fledermausarten gesetzlich geschützt sind.

Frage:

Bei welchen der in den letzten drei Jahren im Rahmen der Bauleitplanung der Stadt Marburg aufgestellten bzw. geänderten Bebauungsplänen wurden artspezifische bzw. artengruppenbezogene Nisthilfen für gebäudebrütende Tiere, insbesondere in Bezug auf Vögel und Fledermäuse implementiert? Bitte nach Bebauungsplan und berücksichtigter Art bzw. Artengruppe auflisten.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

In den letzten 3 Jahren sind folgende 3 Bebauungspläne rechtskräftig geworden. In diesen Bebauungsplänen ist der allgemeine artenschutzrechtliche Hinweis auf die Errichtung von Vogel- und Fledermausnisthilfen ohne weitere Artenspezifikation bzw. Artengruppenbezug enthalten.

- B-Plan Nr. 6/7 „Ehemaliges Hauptpostareal zwischen Eisenstraße und Zimmermannstraße“, (rechtskräftig seit 15.01.2022),
- B-Plan Nr. 15/7 „Pfingstweide, Stt. Moischt (rechtskräftig seit 18.10.2019) und
- B-Plan Nr. 17/3 „In der Hohl“, Stt. Ronhausen (rechtskräftig seit 29.06.2019).

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass der Artenschutz nach dem Bundesnaturschutzgesetz abschließend geregelt ist. Somit ist im Bebauungsplan nur ein Hinweis darauf möglich, da das Subsidiaritätsprinzip eine Doppel-Regelung ausschließt.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Damit ist die für die Fragestunde vorgesehene Zeit abgelaufen. Die kleinen Anfragen Nr. 5 bis 8 und 22 bis 28 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 4 Jahresrechnung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2020

VO/0626/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen. Aussprache in Form eines Setzpunktes ist beantragt.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Pfalz und Steffen Rink sowie die Bürgermeisterin.

Nach Beendigung der Aussprache und Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin beschließt die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Beschluss:

1. Der geprüfte Jahresabschluss 2020 in der Fassung vom 30.08.2021 (VO/0250/2021) wird beschlossen. Damit werden die Ergebnisse der Jahresrechnung 2020 wie folgt festgesetzt:

Jahresergebnis des Ergebnishaushalts:	- 859.980,57 €
Finanzmittelfehlbedarf:	-12.750.122,45 €
Finanzmittelbestand zum 31.12.2020:	76.368.638,79 €

2. Dem Magistrat wird für die Jahresrechnung der Universitätsstadt Marburg aufgrund des Schlussberichtes des Prüfungsamtes gemäß § 114 Hessische Gemeindeordnung (HGO) Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, Piratenpartei, StV. Göttling
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltungen:	AfD

zu 5 Anlage nicht benötigter liquider Mittel

VO/0680/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen. Aussprache in Form eines Setzpunktes ist beantragt.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Göttling, Meier-Lercher, Messik, Pfalz und Steffen Rink sowie Bürgermeisterin Bernshausen.

Der Stadtverordnete Göttling stellt nach seinem Redebeitrag den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage zu vertagen. Darüber lässt die Stadtverordnetenvorsteherin abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Ja-Stimmen:	Marburger Linke, Piratenpartei, StV. Göttling
Nein-Stimmen:	CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, BfM, AfD
Enthaltungen:	keine

Der Geschäftsordnungsantrag ist damit abgelehnt.

Nach Beendigung der Aussprache ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zum Abstimmung über die Vorlage auf.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die nicht benötigten liquiden Mittel unter Beachtung des Erlasses des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 29. Mai 2018 (StAnz. S. 787) sowie der zum Vertragsabschluss gültigen Anlagerichtlinie der Universitätsstadt Marburg sicher, ertragsbringend und unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Nachhaltigkeit in einem Masterfonds anzulegen.

Der Masterfonds ist in drei Segmente aufzuteilen. Die Master-Kapitalgesellschaft übernimmt das Asset-Management eines der Segmente. Das Asset-Management der zwei verbliebenen Segmente hat von zwei eigenständigen Gesellschaften zu erfolgen.

Die Anlage hat unter Berücksichtigung der folgenden Ziele zu erfolgen.

1. Sicherung des Kapitalstocks
2. Sicherheit des wirtschaftlichen Ertrags
3. Angemessenheit des Ertrags
4. Nachhaltigkeit der Geldanlagen

Die Vergabe hat in einem europaweiten Teilnahmewettbewerb mit Verhandlungsverfahren zu erfolgen. Der Magistrat wird ermächtigt, den wirtschaftlichsten Angeboten den Zuschlag zu erteilen.

Es hat sowohl für die Vergabe wie auch während der Laufzeit des Masterfonds eine fachkundige und unabhängige Beratung zu erfolgen.

Die Höhe der Anlagesumme ergibt sich aus der zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung nicht benötigten liquiden Mittel. Der Masterfonds ist so zu gestalten, dass

- das Anlagevolumen für zukünftige nicht benötigte liquide Mittel erhöht werden kann
- liquide Mittel für einen zukünftigen Bedarf entnommen werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung ist nach der Zuschlagserteilung über das Ergebnis des Vergabeverfahrens sowie über die Vergabeentscheidung zu informieren.

Die*der Oberbürgermeister*in wird ermächtigt, gemeinsam mit der*dem Bürgermeister*in während der Laufzeit des Masterfonds operative Entscheidungen im Rahmen des Erlasses des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 29. Mai 2018 (StAnz. S. 787), der Anlagerichtlinie der Universitätsstadt Marburg sowie der nach dem jeweiligen Segment individuell vereinbarten Anlagerichtlinie treffen zu können.

Der Stadtverordnetenversammlung sind anschließend der Sachverhalt und die Entscheidung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Es hat während der Laufzeit des Masterfonds ein regelmäßiges Reporting zu erfolgen. Die Stadtverordnetenversammlung ist halbjährlich über den Stand des Masterfonds zu unterrichten.

Die Anlagerichtlinie der Universitätsstadt Marburg ist zu überarbeiten und unter Beachtung des Erlasses des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 29. Mai 2018 (StAnz. S. 787) an die aktuelle Situation anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, BfM, AfD
Nein-Stimmen:	StV. Göttling
Enthaltungen:	Marburger Linke, Piratenpartei

zu 6 Dringlichkeitsanträge

zu 6.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg betr.: Gesicherte Zukunft für das UKGM

VO/0714/2022

Die Piratenpartei ist dem Antrag beigetreten.

Der Antrag wird gemeinsam mit den Anträgen unter TOP 6.2 und 6.3 zur Aussprache aufgerufen. An dieser beteiligen sich die Stadtverordneten Schmidt, Schalauske, Deißler, Womelsdorf, Bamberger, Steffen Rink und Bürgermeisterin Bernshausen.

Im Anschluss ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt die mögliche Kündigung der Absichtsvereinbarung mit dem Land Hessen aus dem Jahr 2017 durch die Rhön-AG und die damit einhergehende Verunsicherung der Beschäftigten.
2. Die Stadtverordnetenversammlung dankt den Mitarbeitenden am UKGM, die weiterhin mit großem Engagement für die Patient*innen tätig sind, und zeigt sich solidarisch mit den Bemühungen, Belastungen in den verschiedenen Arbeitsbereichen zu mildern und eine angemessene Entlohnung zu erreichen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt, dass die Privatisierung im Jahr 2006 durch die damalige CDU-Landesregierung ein schwerwiegender Fehler war. Sofern sich ein Weg zur Rückführung in öffentliches Eigentum ergibt, würde sie diesen ausdrücklich begrüßen. Sie nimmt zur Kenntnis, dass die Überführung des UKGM in Gemeineigentum laut eines Gutachtens rechtlich denkbar ist, zur tatsächlichen Umsetzbarkeit und den konkreten Folgen für das UKGM und den gesamten Krankenhausmarkt jedoch unterschiedliche Auffassungen bestehen. Unabhängig davon löst dies die aktuellen Probleme am UKGM nicht, denn diese müssen jetzt beseitigt werden.
4. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Rhön-AG und Asklepios auf, sich an die im Zukunftspapier von 2017 und im Letter of Intent vom Februar 2022 getroffenen Vereinbarungen und Absichtserklärungen zu halten und konstruktiv an der Umsetzung mitzuwirken, um Sicherheit für die Beschäftigten und weitere Verbesserungen für die Versorgung sowie Forschung und Lehre zu erhalten. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, Kontakt mit der Landesregierung aufzunehmen und diese Themen zu erörtern.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, Piratenpartei, StV. Göttling
Nein-Stimmen:	CDU/FDP, AfD
Enthaltungen:	Marburger Linke

Die BfM nimmt nicht an der Abstimmung teil.

zu 6.2 Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion betr.: Sichere Zukunft des UKGM braucht klare politische Antworten

VO/0715/2022

Der Antrag wird gemeinsam mit den Anträgen unter TOP 6.1 und 6.3 zur Aussprache aufgerufen. An dieser beteiligen sich die Stadtverordneten Schmidt, Schalauske, Deißler, Womelsdorf, Bamberger, Steffen Rink und Bürgermeisterin Bernshausen.

Der Stadtverordnete Bamberger bringt im Rahmen seines Redebeitrages folgende Änderung des Abs. 5 ein:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass umfangreiche Ausgliederungsmaßnahmen, wie sie an verschiedenen öffentlichen Krankenhäusern festzustellen sind, für das UKGM unbedingt zu vermeiden sind. Dies gilt auch hinsichtlich der signifikant verhältnismäßig deutlich höheren Anzahl der Überlastungsanzeigen. Und dies stellen wir an vielen Großkrankenhäusern fest, die sich in unterschiedlichen Trägerschaften befinden.

Im Anschluss ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	CDU/FDP, AfD
Nein-Stimmen:	B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, Piratenpartei, StV. Göttling
Enthaltungen:	keine

Die BfM nimmt nicht an der Abstimmung teil.

zu 6.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Erpressungsversuch von Asklepios entschieden entgegentreten – Beschäftigte am UKGM schützen – Rückführung in öffentliches Eigentum notwendig!

VO/0717/2022

Der Antrag wird gemeinsam mit den Anträgen unter TOP 6.1 und 6.2 zur Aussprache aufgerufen. An dieser beteiligen sich die Stadtverordneten Schmidt, Schalauske, Deißler, Womelsdorf, Bamberger, Steffen Rink und Bürgermeisterin Bernshausen.

Im Anschluss ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	Marburger Linke, Piratenpartei, StV. Göttling
Nein-Stimmen:	CDU/FDP, B90/Die Grünen, Klimaliste Marburg, AfD
Enthaltungen:	keine

Die BfM nimmt nicht an der Abstimmung teil.

---

zu 7 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

---

zu 7.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr.: Benennung "Platz der Kinder- und Jugendrechte"

VO/0617/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner ruft den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie die Öffentlichkeit durch die Benennung des öffentlichen Raums oder durch andere symbolisch sichtbare Maßnahmen für die Bedeutung der Kinder- und Jugendrechte sensibilisiert werden kann. Das KiJuPa wird einbezogen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 8 Anträge des Ausländerbeirats

zu 8.1 Antrag des Ausländerbeirates betr. Ausweitung der Ganztagsplätze in Kindertagesstätten

VO/0526/2022

Für den Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport berichtet die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Deißler. Der Antrag wurde im Rahmen der Beratung im Jugendhilfeausschuss durch diesen geändert. Der Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport empfiehlt einstimmig, dem Antrag in der geänderten Fassung zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadt Marburg möge den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsplätzen in Kindertagesstätten weiter vorantreiben, damit insbesondere auch Kinder mit besonderem Förderbedarf beim Spracherwerb noch mehr Möglichkeiten des gemeinsamen Lernens haben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 9 Anträge der Fraktionen

zu 9.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Reinigungssituation Biegeneck/Bushaltestelle Rudolphsplatz

VO/0489/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde im Ausschuss geringfügig geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig zuzustimmen.

Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, mit den Gewerbetreibenden im Bereich Biegeneck über die allgemeine Reinigungssituation insbesondere am Wochenende und in der Nacht zu sprechen. Dabei soll eine verbindliche Lösung für die Beteiligung an der Reinigung des genannten Bereichs gefunden und umgesetzt werden.
2. Neben der Reinigung nach Geschäftsschluss am Wochenende soll über das Aufstellen weiterer Mülleimer und über deren regelmäßige Leerung gesprochen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, AfD
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltungen:	Piratenpartei

---

zu 9.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Homepage www.marburg.de

VO/0518/2022

Der Antrag wurde durch die Antragstellerin zurückgezogen.

---

zu 9.3 Antrag der CDU/FDP Fraktion betr. Marburg App

VO/0520/2022

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet. An dieser beteiligen sich mit Redebeiträgen die Stadtverordneten Seipp, Hussein und Katebini.

Nach Beendigung der Aussprache stellt die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag zu Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	CDU/FDP, AfD

Nein-Stimmen: B90/die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, Piratenpartei
Enthaltungen: Marburger Linke, StV. Göttling

---

zu 9.4 Antrag des StV. Göttling betr.: Keine Umsetzung der außerplanmäßigen RMV Fahrpreiserhöhung in Marburg - Umsetzung der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zum ÖPNV

VO/0569/2022

Von der Vorberatung des Antrages im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag der Koalition aus G90/Die Grünen, SPD und Klimaliste vor, dem der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung empfiehlt.

Der Ursprungsantrag wurde im Ausschuss ebenfalls, und zwar getrennt nach Absätzen, abgestimmt. Den einzelnen Absätzen des Ursprungsantrages empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung.

Analog dem Vorgehen im Ausschuss ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst den Änderungsantrag und anschließend die einzelnen Absätze des Ursprungsantrages zu Abstimmung auf.

Beschluss 1:

1. Die Marburger Stadtverordnetenversammlung bedauert, dass der RMV aufgrund gestiegenen Defizits und des weiteren Ausbaus des Angebots keine andere Möglichkeit gefunden hat, als zum 1. Juli 2022 eine zusätzliche Erhöhung der Ticketpreise vorzunehmen. Wir erkennen zugleich an, dass die Erhöhung bei Zeitkarten unterdurchschnittlich ausfällt und Jahreskarten sowie Azubi-, Schüler- und Seniorentickets von einer Preissteigerung ausgenommen sind. Die Stadtverordnetenversammlung ist überzeugt, dass die Mobilitätswende nur mit einem attraktiven ÖPNV gelingt, wozu auch entsprechende attraktive Fahrpreis-Angebote zählen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Finanzierung des ÖPNV eine Gemeinschaftsaufgabe ist, in der Bund und Länder weit hinter den Anforderungen für eine Mobilitätswende zurückbleiben. Sie bedauert, dass bislang die Aufwendungen des Bundes und der Länder für den ÖPNV weit hinter den Erfordernissen liegen. In Solidarität mit Kommunen, deren finanzielle Lage weit weniger günstig ist als in Marburg, sieht sie deshalb zur Abwendung von Preiserhöhungen und vor allem für eine faire Verteilung der

Mobilitätskosten den Bund und die Länder in der dringenden Pflicht, die anhaltende Privilegierung des MIV aufzugeben und erheblich mehr Mittel für die Finanzierung des ÖPNV bereit zu stellen.

3. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Willen, in enger Kooperation mit dem RMV und so zügig wie möglich Vor-Ort-Modelle für eine Stärkung des ÖPNV zu entwickeln und umzusetzen. Dabei verfolgt sie, wie bereits in zahlreichen Beschlüssen dokumentiert, folgende Ziele:
    a. Eine Stärkung des ÖPNV durch den Ausbau von immer kostengünstigeren Flatrate-Angeboten, wie sie durch den RMV bereits durch Jobtickets, Azubi-, Schüler- und Seniorentickets angeboten werden. Dazu streben wir weiterhin im Rahmen der guten Kooperation mit der Wirtschaft eine Ausweitung von Jobticketangeboten an.
    b. Modellhaft sollen für Marburg ein kostenloser ÖPNV am Wochenende sowie ein Bürger*innen-Ticket („Semesterticket für alle“) gemeinsam mit dem RMV und wissenschaftlich begleitet geprüft und umgesetzt werden.
    c. Eine noch stärkere Entlastung finanziell benachteiligter Menschen von Mobilitätskosten im ÖPNV über die bereits umgesetzte Preisreduzierung für Stadtpassinhaber*innen hinaus. Ziel ist, in einem Marburger Finanzierungsmodell allen Stadtpassberechtigten (und nicht nur die Stadtpassinhaber*innen) eine kostenlose Nutzung des ÖPNV im Stadtgebiet zu ermöglichen.
    d. Ausbau von Mietermodellen, wie sie bereits von der GeWoBau umgesetzt werden.
4. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt ihre ausdrückliche Bereitschaft, sich an solchen Modellen mit einem erheblichen eigenen Beitrag zu beteiligen und die notwendigen Mittel über den städtischen Haushalt wie 2022 schon begonnen zur Verfügung zu stellen.
5. Zur erhöhten Transparenz und Vorbereitung der Entscheidungen der unter Nr. 3 genannten Ziele wird der Magistrat gebeten, der Stadtverordnetenversammlung und seinem Fachausschuss darzulegen, welche finanziellen Lasten für einen kostenlosen ÖPNV für alle Stadtpass-Inhaber*innen und Stadtpass-Berechtigten zu tragen sind, wie sich der Stand der Gespräche mit dem RMV für ein kostenloses ÖPNV-Angebot am Wochenende und der Stand der Gespräche zur wissenschaftlichen Begleitung aktuell darstellt und welche Entwicklungen im RMV zur weiteren Verbesserung der Ticket-Angebote stattfinden, die Auswirkungen auf die unter Nr. 3 genannten Vorhaben haben könnten.

Beschluss 2:

Der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis über die geänderte Fassung des Antrages:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: StV. Göttling

Enthaltungen: CDU/FDP, Marburger Linke, BfM, AfD, Piratenpartei

Abstimmungsergebnisse über die ursprünglichen Fassung des Antrages:

Absatz 1:

Ja-Stimmen: CDU/FDP, BfM, AfD, Piratenpartei, StV. Göttling

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: Marburger Linke

Absatz 2:

Ja-Stimmen: CDU/FDP, Marburger Linke, BfM, AfD, Piratenpartei, StV. Göttling

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: AfD

Absatz 3:

Ja-Stimmen: CDU/FDP, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei, StV. Göttling

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: AfD

Absatz 4:

Ja-Stimmen: CDU/FDP, BfM, Piratenpartei, StV. Göttling

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: Marburger Linke, AfD

---

zu 9.5 Antrag der Fraktionen Klimaliste Marburg, B90/Die Grünen und SPD betr. Lärmschutz B3a

VO/0597/2022

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag der Koalition aus B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg vor, dem der Ausschuss einstimmig die Annahme empfiehlt.

Aussprache in Form eines Setzpunktes ist angemeldet. Es spricht der Stadtverordnete Pozzi.

Nach Beendigung der Aussprache und Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin beschließt die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zwecks Eruierung eines rechtssicheren und der Lärmreduktion dienenden Tempolimits für die B3a mit dem Straßenbaulastträger Hessen Mobil in den Dialog zu treten. Dies sollte unter Beachtung der aktualisierten Lärmberechnungsvorschriften RLS-19 anhand der aktuellen Verkehrszählungen von Hessen Mobil aus 2015 und gegebenenfalls den zu erwartenden Verkehrszählungen 2022 geschehen. Es sollte dabei ein Tempolimit gewählt werden, welches den Marburger*innen unter Betrachtung der Genehmigungsfähigkeit die größtmögliche Entlastung von gesundheitsschädigendem Lärm gewährt

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, Piratenpartei
Nein-Stimmen:	AfD
Enthaltungen:	CDU/FDP

---

zu 9.6 Antrag der Fraktionen Klimaliste Marburg, B90/Die Grünen und SPD
betr.: Wechsel zu nicht-fossiler Energieversorgung im Marburg beschleunigen – Energieversorgung nachhaltig sichern

VO/0642/2022

Für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie berichtet die Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Messik. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag zuzustimmen.

Aussprache in Form eines Setzpunktes ist beantragt. An dieser beteiligen sich mit Redebeiträgen die Stadtverordneten Schöniger, Womelsdorf, Sturm, Volz und Pfalz.

Nach Beendigung der Aussprache stellt die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der andauernde Krieg Putins gegen die Ukraine macht deutlich, wie anfällig die sichere Versorgung mit fossilen Energien ist. Die gegenwärtigen Bestrebungen, die Energiezufuhr nach Deutschland zu diversifizieren, um die Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle aus Russland zu

mindern, können die Problematik fragwürdiger Abhängigkeiten von Produzenten fossiler Energieträger nicht grundsätzlich lösen.

Aktuell muss es die Aufgabe der Stadtwerke Marburg als heimischer Versorger sein, alles ihr Mögliche zu unternehmen, den Anteil von Gas aus Russland so weit wie möglich zu reduzieren. Zugleich müssen die Stadtwerke weiterhin in der Lage sein, die hohe Qualität ihres gesetzlichen Versorgungsauftrags für private wie für gewerbliche Kunden dauerhaft zu gewährleisten. Mittel- bis langfristig muss es das Ziel der Stadtwerke Marburg sein, alle Kund*innen mit Wärme aus erneuerbaren Energien versorgen zu können.

Deshalb wird der Magistrat aufgefordert, gemeinsam mit den Stadtwerken Marburg ein Handlungskonzept vorzulegen, mit dem die Anstrengungen zur Minderung des Einsatzes fossiler Energieträger für Marburg beschleunigt werden können. Dies bezieht sich insbesondere auf den Sektor Wärme mit dem Ausbau des Nahwärme-Netzes, der Erhöhung des Anteils zentraler und dezentraler Wärmepumpen sowie der Nutzung von Abwärme und Umweltwärme. Teil dieses Konzepts ist auch die Anpassung vorhandener Förderprogramme und ihr wirksamer Ausbau zur Erreichung des Ziels der dauerhaften Vermeidung fossiler Energieträger.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	CDU/FDP, B90/die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, BfM, AfD, Piratenpartei
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltungen:	Marburger Linke

---

zu 9.7 Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Klimaliste betr. Beleuchtung Beltershäuser Straße

VO/0666/2022

Der Antrag wird bis Juni 2022 zurückgestellt.

---

zu 9.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Die Hundesteuer gerecht und sozial verträglich machen

VO/0670/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter

Pfalz. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag vor, dem einstimmig die Annahme empfohlen wird.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten

a) wie mit einer einfachen, einheitlichen Regelung die Hundesteuer für Bezieher*innen von Transferleistungen sozial gestaltet werden kann.

b) ob und wie mit Vergünstigungen auf die Hundesteuer weitere Anreize geschaffen werden können, dass das Menschen, die einen Hund anschaffen möchten, diesen bevorzugt über das Marburger Tierheim erhalten können.

Bei allen Regelungen sind gefährliche Hunde (§ 5 Abs. 4 der aktuellen Marburger Hundesteuer-Satzung) ausgeschlossen. Veränderungen der Hundesteuer-Satzung sollen auch geeignet sein, den Verwaltungsaufwand gering zu halten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, BfM, AfD, Piratenpartei
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltungen:	Marburger Linke

---

zu 9.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Anhebung der finanziellen Mittel und personellen Kapazitäten für die Sozial- und Schuldnerberatung, sowie die Beratung und Begleitung in der Privatinsolvenz

VO/0671/2022

Für den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag der Koalition vor, dem der Ausschuss mehrheitlich die Annahme empfiehlt. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Bauder-Wöhr, Abdirahman Farah, Katharina Rink, Sánchez Arvelo, Knaack und Bürgermeisterin Bernshausen.

Nach Beendigung der Aussprache stellt die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat der Universitätsstadt Marburg zu prüfen und berichten, welche zusätzlichen Bedarfe in den finanziellen, personellen und räumlichen Ressourcen für die soziale Arbeit, insbesondere in der Schuldner- und Sozialberatung existieren. Die Prüfung soll für das gesamte Stadtgebiet erfolgen. Dabei sind auch solche Maßnahmen einzubeziehen, die frühzeitig auf eine Vermeidung von Überschuldung und Insolvenz zielen.

2. Der Magistrat soll prüfen und berichten, welche Konzepte für die Beratung und Begleitung von Privatinsolvenzen bereits verwendet werden. Wenn Bedarf besteht, soll der Magistrat gemeinsam mit den in diesem Bereich tätigen Trägern ein solches Konzept erstellen oder überarbeiten.

3. Der Magistrat wird damit beauftragt zu prüfen und berichten, in welchem Umfang mobile Beratungsmöglichkeiten und Online-Angebote von den Trägern umgesetzt werden können und die Zielgruppe erreichen.

4. Darüber hinaus soll der Magistrat prüfen und berichten, wie wirksam bereits getroffene Maßnahmen sind und zusätzliche öffentlichkeitswirksame Maßnahmen ergreifen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, BfM, AfD, Piratenpartei
Nein-Stimmen:	Marburger Linke
Enthaltungen:	keine

---

zu 9.10 Antrag der Fraktionen Klimaliste Marburg, B90/Die Grünen und SPD
betr.: Zukunftsgerichtete Stellplatzsatzung
VO/0674/2022

Zu dem Tagesordnungspunkt ist Aussprache in Form eines Setzpunktes angemeldet, die jedoch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr aufgerufen wird. Die Antragstellerinnen bitten daraufhin den Antrag zur Abstimmung zu stellen.

Von der Vorberatung im Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berich-

tet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, die Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Marburg dahingehend zu ändern, dass sie den Anforderungen des Klimanotstands und der daraus folgenden Notwendigkeit einer Verkehrswende mit einer Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) gerecht wird.

Dem entspricht für Pkw-Stellplätze eine Abkehr von reinen Minimalanforderungen hin zu Maximalanforderungen. Sehr niedrige bis hin zu wegfallende Stellplatzschlüssel sollen in Gebieten mit guter ÖPNV-Anbindung oder unter Vorweisung verkehrsverlagernder Mobilitätskonzepte realisiert werden. Benötigte Stellplätze sollten auch in Quartiersgaragen vorweisbar sein. Für alternative Verkehrsmittel wie das Fahrrad oder vollelektrisch betriebene Fahrzeuge sollen hingegen Mindestanforderungen an Anzahl und Qualität verpflichtend werden. Glaselemente an Abstellanlagen sollen vogelfreundlich gestaltet werden. Der Stellplatzschlüssel soll sich mit Hinblick auf das Ziel der Klimaneutralität im Verkehrssektor bis spätestens 2035 an dem sich daraus ergebenden künftigen Nutzungsanteil betreffender Verkehrsmittel orientieren. Dabei ist darauf zu achten, dass Regelungen getroffen werden, welche darüber hinaus eine ausreichende Anzahl an Behindertenstellplätzen garantieren.

Zudem soll geprüft werden, ob zur Gewinnung klimafreundlicher Energie neu gebaute offene und gewerbliche Parkflächen ab einer festgelegten Anzahl verpflichtend überdacht und mit Photovoltaikanlagen oder Gründächern versehen werden können. Die bereits in der aktuellen Stellplatzsatzung vorgeschriebene Pflicht zur Pflanzung von Laubbäumen pro Stellplatz soll ausschließlich heimisch vorkommende und klimaresiliente Arten beinhalten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, Piratenpartei
Nein-Stimmen:	AfD
Enthaltungen:	CDU/FDP, BfM

zu 9.11 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Ombudspersonen für geflüchtete Menschen benennen

VO/0676/2022

Von der Vorberatung im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Antrag wurde im Ausschuss per Geschäftsordnungsantrag für erledigt erklärt, eine Beschlussempfehlung liegt somit nicht vor.

Da in der Stadtverordnetenversammlung kein Geschäftsordnungsantrag auf „Erledigterklärung“ gestellt wird, beantragt der Stadtverordnete Böhm per Geschäftsordnungsantrag seinerseits, den Antrag zur Vorberatung erneut in den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung zu verweisen.

Über diesen Geschäftsordnungsantrag lässt die Stadtverordnetenvorsteherin abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Ja-Stimmen:	Marburger Linke, Piratenpartei
Nein-Stimmen:	CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, BfM, AfD
Enthaltungen:	keine

Der Geschäftsordnungsantrag ist damit abgelehnt.

Im Anschluss stellt die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	Marburger Linke, Piratenpartei
Nein-Stimmen:	CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, BfM, AfD
Enthaltungen:	keine

zu 9.12 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Unterstützung der berechtigten Forderungen der Beschäftigten im Tarifstreit der Sozial- und Erziehungsdienste (SuE)

VO/0678/2022

Wie im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung unter TOP 1 beantragt, steht nur der 1. Absatz des Antrages zur Abstimmung. Diesem empfiehlt der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss, in dem der Antrag vorberaten wurde, lt. Bericht des Ausschussvorsitzenden, Stadtverordneter Pfalz, einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den 1. Absatz des Antrages zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung zollt den Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsdienste Respekt und Anerkennung. Die Kolleg*innen haben in den vergangenen zwei Jahren trotz widrigster Umstände und der Inkaufnahme von persönlichen Gefährdungen mit aller Kraft ihre verantwortungsvolle Aufgabe wahrgenommen und einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft und den sozialen Zusammenhalt in der Pandemie geleistet.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

---

zu 9.13 Antrag der Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen und Klimaliste Marburg betr.: Marburg fördert Ladeinfrastruktur

VO/0679/2022

Zu dem Tagesordnungspunkt ist Aussprache in Form eines Setzpunktes angemeldet, die jedoch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr aufgerufen wird. Die antragstellenden Fraktionen bitten daraufhin den Antrag zur Abstimmung zu stellen.

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen. Getrennte Abstimmung der Absätze 1 und 2 wird beantragt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft den Antrag, getrennt nach den Absätzen 1 und 2, zur Abstimmung auf.

Beschluss:

1. Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit den Stadtwerken ein Förderprogramm für den Ausbau der Ladeinfrastruktur in Marburg (für E-Fahrzeuge, sowie E-Bikes und Lastenräder) durch gewerbliche (und evtl. private) Anbieter aufzulegen. Dieses Förderprogramm soll sowohl das AC-Laden, als auch das DC-Laden berücksichtigen.

2. Die Ladestationen sollen schwerpunktmäßig auf eigenem Grund der Anbieter, öffentlich zugänglichen Kundenparkplätzen oder in Kooperation mit Stadt und Stadtwerken ergänzend auch im öffentlichen Raum angeboten werden. Hierzu soll ein „Pachtmodell“ für Parkplätze und öffentliche Flächen konzipiert werden. Des Weiteren soll der Ausbau der Ladeinfrastruktur durch Arbeitgeber*innen gefördert werden, um das Laden während der Arbeitszeit zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis zu Absatz 1:

Ja-Stimmen:	CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, BfM, AfD, Piratenpartei
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltungen:	Marburger Linke

Abstimmungsergebnis zu Absatz 2:

Ja-Stimmen:	B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, BfM, AfD, Piratenpartei
Nein-Stimmen:	CDU/FDP,
Enthaltungen:	Marburger Linke

---

zu 9.14 Antrag der CDU/FDP-Fraktion bzgl. Räumung Grundstück Hermann-Cohen-Weg

VO/0683/2022

Der Antrag wurde im Ausschuss auf Juni 2022 vertragt.

---

zu 9.15 Antrag der CDU/FDP-Fraktion bzgl. Erweiterung Öffnungszeiten Obdachlosenunterkunft, Gisselberger Straße

VO/0684/2022

Der Antrag wurde durch den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur Vorberatung an den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenversammlung verwiesen.

---

zu 10 Große Anfragen der Fraktionen

---

keine

zu 11 Kenntnisnahmen

zu 11.1 Bericht zum Beschluss betr.: Prüfantrag Gisselberger Spannweite

VO/0285/2021-2

Beschluss:

Das vorgelegte Ergebnis zum Prüfantrag Gisselberger Spannweite wird zur Kenntnis genommen.

zu 11.2 Genehmigung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2022

VO/0640/2022

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Genehmigung des Haushalts 2022 mit der Begleitverfügung des Regierungspräsidiums Gießen vom 18. März 2022 zur Kenntnis.

zu 11.3 Abschlussbericht zum Zweiten Marburger Aktionsplan EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

VO/0658/2022

Zu dem Tagesordnungspunkt ist Aussprache angemeldet, die jedoch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Die Aussprache wird deshalb auf die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung verschoben.

Der Stadtverordnete Seipp regt an, die Aussprache dann in der Tagesordnung vorzuziehen, damit eine zeitnahe Durchführung gesichert ist.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Abschlussbericht zum Zweiten Marburger Aktionsplan für die Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Dr.

Neuwohner dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung um 21:34 Uhr.

Marburg, 24.05.2022

Vorsitz:	Protokoll:
_____	_____
Dr. Elke Neuwohner	Lothar Sprenger

Anlagen

Antworten auf die kleinen Anfragen 5 bis 8 und 22 bis 28

Kleine Anfrage Nr. 05

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Kann der Magistrat Auskunft geben, warum er mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Gesundheitsamt am Freitag, 29. April 2022, 12:00 Uhr – 15:00 Uhr, im TTZ die Veranstaltung "Städte und gesundheitliche Versorgung - Wo stehen wir im dritten Jahr der Corona-Pandemie?“ durchführt und dabei weder die Hausärzte , die immerhin 80% der COVID Patienten behandeln, dazu Hausbesuche machen, Impfungen und PCR Tests durchführen, noch die besonders belasteten Mitarbeiterinnen und Pflegekräfte einbezogen sind?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Entgegen der Wahrnehmung der Fragestellerin handelte es sich bei der genannten Online-Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 29. 4. 2022 um eine Veranstaltung der gemeinnützigen und vollständig unabhängigen Friedrich-Ebert-Stiftung. Der Magistrat war in die Konzeption nicht eingebunden. Vielmehr wurde der Oberbürgermeister als Referent angefragt. Konzeption und Organisation lag ausschließlich und allein in den Händen der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Der Magistrat pflegt seit vielen Jahren und gerade in der Corona-Pandemie einen engen und kooperativen Austausch und Zusammenarbeit mit den Organisationen der niedergelassenen Ärzteschaft sowie den Beschäftigten in der Pflege und ihren Interessenvertretungen. Insbesondere bringt der Oberbürgermeister bei jeder passenden Gelegenheit die besondere Wertschätzung des herausragenden Engagements aller Beschäftigten in den Heilberufen während der Corona-Krise zum Ausdruck.

Auf Nachfrage zur konkreten Veranstaltungsplanung teilte die Friedrich-Ebert-Stiftung mit: „Das herausragende Engagement von Ärzt*innen, insbesondere auch niedergelassenen Ärzt*innen, der besonders geforderten Pflegeberufe sowie aller Beschäftigten im Gesundheitswesen sind der Friedrich-Ebert-Stiftung besonders wichtig. Daher hat sie – gerade in Hessen – in den letzten Jahren vielfältige Veranstaltungen zur Gesundheitspolitik durchgeführt und eigene wissenschaftliche Untersuchungen erstellen lassen. Themen waren insbesondere:

- Die Situation in den Pflegeberufen, insbesondere zur leider in Hessen immer noch unzureichenden Einführung von Personalstandards,
- Die Zukunft der ambulanten Versorgung mit den Zielen einer optimalen Patientenversorgung sowie einer an den Anforderungen der nachwachsenden Generation niedergelassener Ärzt*innen ausgerichteten Organisation der ambulanten Versorgung
- Einer deutlichen Stärkung der sektorenübergreifenden Versorgung
- Sowie einer Revision der Kommerzialisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen.

Aus Sicht der Friedrich-Ebert-Stiftung ergeben sich auch konkrete Herausforderungen für die kommunale Handlungsstrategie. Daher wurde für die genannte, konkrete Veranstaltung der Schwerpunkt „kommunale Handlungsfelder“ gewählt, wie sich auch aus Titel und Text der Einladung ergibt. Der Titel lautete:

> „Städte und gesundheitliche Versorgung - Wo stehen wir im dritten Jahr der Corona-Pandemie?“

Der weitere, erläuternde Einladungstext lautete:

> „Städte und Gemeinden spielen eine entscheidende Rolle im System der gesundheitlichen Versorgung in Deutschland – dies wurde nicht zuletzt in den vergangenen zwei Jahren deutlich, wo Gesundheitsämter, die federführend an der Eindämmung der Pandemie beteiligt waren, und Städte zum Beispiel Impfzentren mitorganisieren mussten. Tatsächlich hat die kommunale Ebene schon immer eine wichtige Rolle bei der gesundheitlichen Versorgung gespielt. Im Rahmen dieser Veranstaltung der FES Hessen wollen wir gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Marburg, mit Expertinnen und Experten und natürlich mit Ihnen folgende Leitfragen diskutieren:
>
> - Welche Rolle können und sollen Kommunen im Gesundheitswesen spielen?
> - Welche Lehren ziehen wir, insbesondere der öffentliche Gesundheitsdienst, aus den Erfahrungen der Pandemie?
> - Welche Herausforderungen gibt es neben der Pandemie auf kommunaler Ebene?
> - Welche Reformschritte müssten eingeleitet werden?“

Aus dieser Einladung wird deutlich, dass es bei dieser speziellen Veranstaltung explizit um die Rolle der Kommunen im Gesundheitswesen unter den besonderen Bedingungen der Pandemie gehen sollte.

Unzweifelhaft wurde in der Corona-Pandemie die herausragende Aufgabe der Gesundheitsämter für den Infektionsschutz, aber auch deren allgemeine Situation besonders deutlich. Darüber hinaus waren auch die Kommunen mit gesundheitlichen und gesundheitspolitischen Fragestellung in einem seit Jahrzehnten nicht gekannten Ausmaß konfrontiert. Die FES war deshalb sehr froh, beispielsweise die Sprecherin der hessischen Gesundheitsämter für diese Diskussion und Fragestellung gewinnen zu können sowie eine ausgewiesene Expertin für Fragen regionaler Gesundheitsnetzwerke.

Der Marburger Oberbürgermeister ist bekanntermaßen ein bundesweit anerkannter Experte für alle Themen des Gesundheitswesens und der Gesundheitspolitik: Er gehört zu den wenigen, die diese Expertise mit den besonderen Anforderungen speziell der kommunalen Gesundheitspolitik wie der kommunalen Aufgaben insgesamt verknüpfen. Dies wird nicht zuletzt durch seine Rolle in den Gesundheitsausschüssen des Deutschen und den Hessischen Städtetags deutlich. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich daher sehr glücklich geschätzt, für diese überregionale Online-Veranstaltung mit dieser speziellen Fragestellung Herrn Dr. Spies gewonnen zu haben.“

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 06

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Karen von Rüden
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Liegen der Verwaltung Beschwerden bezüglich fehlender Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude/Einrichtungen vor? Wenn ja, welche Gebäude sind betroffen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 50 - Soziale Leistungen
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

In den letzten Jahren gab es kaum Beschwerden bzgl. der Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude und Einrichtungen. Die Universitätsstadt Marburg hat in den vergangenen 20 Jahren sukzessive Gebäude, die für den Kontakt mit Bürger*innen relevant sind, barrierefrei gestaltet, indem z.B. Rampen an- und Aufzüge eingebaut wurden sowie Orientierungshilfen für blinde Menschen berücksichtigt wurden. Das Tourismus-Büro, das aufgrund mehrere Stufen vor dem Eingang nicht barrierefrei umzubauen war, ist in barrierefreie Räumlichkeiten umgezogen.

Vor etlichen Jahren sind die Treppenlifte im Gebäude Frauenbergstraße 35 (Stadtbüro) immer wieder ausgefallen. Hier wurde Abhilfe geschaffen, indem zum einen ein barrierefreier Zugang zum Stadtbüro über den Notausgang geschaffen wurde, zum anderen Termine der anderen Fachdienste mit Bürger*innen in barrierefrei zugänglichen Büros im Erdgeschoss stattfinden. Seitdem dies so gehandhabt wird, liegen keine Beschwerden mehr vor.

In der letzten Sitzung des Behindertenbeirates am 03.03.2022 wurde kritisiert, dass die Zweigstelle des Tourismus-Büros in der Oberstadt in Räumlichkeiten eröffnet wurde, die nicht barrierefrei zugänglich sind. Eine Stufe vor dem Eingang soll mit einer mobilen Rampe überwunden werden. Rollstuhlfahrer*innen müssen sich bemerkbar machen und dann wird extra für sie eine Rampe angelegt. Im Behindertenbeirat wurde der dringende Wunsch geäußert, bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten generell auf die Barrierefreiheit zu achten, so dass Rollstuhlfahrer*innen ohne Hilfe und ohne sich bemerkbar machen zu müssen in das Gebäude gelangen.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Karen von Rüden
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Wie weit vorangeschritten ist der barrierefreie Umbau des ÖPNV in Marburg? Wie hoch ist der Anteil der nicht barrierefreien Haltestellen?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Der barrierefreie Umbau von Bushaltestellen an städtischen Straßen erfolgt durch die Universitätsstadt Marburg als Straßenbaulastträgerin, vertreten durch den Fachdienst Tiefbau und in Kooperation mit den Stadtwerken. Für außerorts an Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen gelegenen Haltestellen sind Hessen Mobil und der Landkreis Marburg-Biedenkopf Straßenbaulastträger. Auch dort erfolgt der barrierefreie Ausbau der Haltestellen in Kooperation mit den Stadtwerken. Die Abstimmung der auszubauenden städtischen Haltestellen ist durch den Fachdienst Tiefbau mit den Vertretungen behinderter Menschen erfolgt.

Von den insgesamt 387 Haltestellenpositionen (Haltepunkte) im Stadtgebiet sind bisher 75, nach ihrer Bedeutung für die Kundinnen und Kunden im Stadtverkehr priorisiert, barrierefrei ausgebaut worden. Für 2022/2023 und 2024 ist vom FD Tiefbau der barrierefreie Ausbau von weiteren 26 Haltestellen vorgesehen.

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Karin Schaffner
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, in welchen Gremien die probeweise Einführung des Rufbusses für die Anbindung des Marburger Westens an die Pharmastandorte besprochen und beschlossen wurde?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Der Rufbus dient der Verbesserung der ÖPNV-Anbindungen für die Pharmastandorte, u.a. auch als Reaktion auf Forderungen aus der Lenkungsgruppe Behring. Es handelt sich um ein Pilotprojekt und dient der Ermittlung von Fahrgastzahlen für die weitere Entwicklung der Anbindung der Pharmastandorte im praktischen Versuch. Der Fahrplan wurde von SWMC erstellt, die Leistung im Abstimmungsgespräch zur Haushaltsanmeldung für 2022 thematisiert und diskutiert und separat ausgewiesen angemeldet.

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Isabella Aberle
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Anschließend an Frage Nr. 21:

Wie oft wurden bei den der Verwaltung bekannt gewordenen Gebäudesanierungen im Jahr 2021 (und soweit schon bekannt im Jahr 2022) anteilig und insgesamt vorhandene gesetzlich geschützte Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vogel- und Fledermausarten a) erhalten, oder durch Ersatzmaßnahmen b) entweder temporär während der Fortpflanzungszeit oder c) dauerhaft ersetzt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Im Jahr 2021 wurde die Untere Naturschutzbehörde an 346 Baugenehmigungsverfahren (Sanierungen, Neubau, Abbruch - baugenehmigungsfrei oder baugenehmigungspflichtig) beteiligt. Bei 82 Verfahren wurde eine Artenschutzrechtliche Kontrolle vor Beginn der Maßnahme oder im Baugenehmigungsverfahren gefordert. Bei ca. 90% der geforderten Kontrollen wurden entweder aktuelle Brutplätze von Vögeln und/oder Fledermausquartiere oder zumindest ein Potenzial auf das Vorkommen der beiden Tiergruppen festgestellt. Je nach Ergebnis wurden seitens der Untere Naturschutzbehörde Auflagen für weiterführende Maßnahmen erteilt. Dies können, je nach Sachlage, sein

- Beauftragung einer ökologischen Baubegleitung,
- Bauzeitenregelung
- weitergehende Kartierungen
- Erhalt von Quartieren und Nistbereichen
- Aufhängen von Ersatzkästen
- Erhalt von Strukturen am Gebäude.

Eine exakte Zahl der erhaltenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten oder von Ersatzkästen aus den angefragten beiden Jahren kann nicht genannt werden, da die Verfahren teilweise noch gar nicht abgeschlossen sind oder noch gar nicht begonnen wurden.

Im Jahr 2022 wurde die Untere Naturschutzbehörde, Stand 30.04.2022, bisher an 81 Verfahren beteiligt. In 16 Verfahren wurde eine artenschutzrechtliche Kontrolle gefordert.

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 23

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Maik Schöniger
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

In welchem Stadium befinden sich die einzelnen Maßnahmen des Radverkehrsplan? Bitte einordnen nach „vollständig umgesetzt“, „in Umsetzung“ und „Umsetzung noch nicht begonnen“.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Der in 2017 erstellte und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Radverkehrsplan umfasst insgesamt 246 Maßnahmen, die sich wiederum in 168 lineare, 51 punktuelle und 27 Prüfmaßnahmen aufgliedern.
Eine Aufstellung der einzelnen Maßnahmen in der gewünschten Form ist wegen der Kurzfristigkeit der Anfrage nicht leistbar und bedarf aufgrund von zwischenzeitlichen Personalwechseln in den beteiligten Fachdiensten auch einer vorherigen Rücksprache.

In Bearbeitung sind u.a. Planungen für den Ausbau von Feldwegen in Moischt und Dagobertshausen, kurz vor der Fertigstellung ist der Ausbau einer durchgängigen asphaltierten Verbindung zwischen Ginseldorf und Bauerbach für den Alltagsradverkehr in Richtung Lahnberge.

Weiterhin wurden seit 2020 sukzessive größere Markierungsmaßnahmen in der Kernstadt umgesetzt (Großseelheimer Straße, Frauenbergstraße, Neue Kasseler Straße, Ketzerbach, Goßfeldener Straße, Fahrradzone Campusviertel), die alle Bestandteil des Radverkehrsplans sind. Weitere werden im Laufe des Jahres noch folgen, da bestehende Markierungen wegen fortgeschriebener Richtlinien nicht mehr im Bestand erneuert werden dürfen.

Die gewünschte Gesamtauflistung wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgereicht.

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 24

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Maik Schöniger
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Hintergrund:

Im Jahr 2017 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat zu beauftragen, einen Entwurf für die Satzung zum Informationsfreiheitsgesetz vorzulegen (VO/5836/2017). Diese Maßnahme ist besonders wichtig zur Stärkung der Bürger*innenbeteiligung und allgemeinen Transparenz städtischen Handelns.

Frage:

Wann kann mit der Vorlage gegenüber der Stadtverordnetenversammlung gerechnet werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Organisation
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der seinerzeitige Beschluss der Stadtverordnetenversammlung lautete: „Der Magistrat möge bis zum 30.06.2018 prüfen, wie und mit welchem Aufwand eine Informationsfreiheitssatzung für die Universitätsstadt Marburg entwickelt werden kann.“

Die Verwaltung hat in Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung umgehend damit begonnen, einen Entwurf für eine Informationsfreiheitssatzung zu erarbeiten, der auch mit dem Informationsbündnis Transparency International Hessen e.V. abgestimmt wurde.

Rechtliche Schwierigkeiten entstanden durch die Neufassung des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes im Mai 2018. Dieses eröffnet die Möglichkeit, die gesetzlichen Bestimmungen durch Satzungsbeschluss auch auf kommunaler Ebene für anwendbar zu erklären. Die gesetzlichen Regelungen fassen jedoch einen zu engen Rahmen, um den Informationszugang wirklich bürgerfreundlich und transparent zu gestalten. Eine Einschränkung gegenüber dem Status Quo ist aus Sicht des Magistrats unbedingt zu vermeiden.

Bei der Erarbeitung des Satzungsentwurfs haben wir andererseits festgestellt, dass die Stadt bereits heute im Wesentlichen all das praktiziert, was in dem Entwurf bzw. auch in anderen In-

formationsfreiheitssatzungen steht. Der Beschluss einer eigenen Satzung wäre diesbezüglich lediglich eine formale Bestätigung der geübten Praxis.

Vor diesem Hintergrund wurde entschieden, zunächst die Erfahrungen anderer Kommunen mit deren Informationsfreiheitssatzungen abzuwarten, insbesondere dahingehend, ob eine schlichte Adaptierung des Gesetzes den Bedürfnissen der Bürger*innen gerecht wird. Des Weiteren kann dadurch eine entsprechende Rechtsprechung zu diesem Thema abgewartet werden.

In der Zwischenzeit kommt die Verwaltung selbstverständlich den eingehenden Informationsgesuchen nach und kann fast alle gewünschten Auskünfte erteilen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 25

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Beabsichtigt der Magistrat, die zum Teil über zehn Jahre alten Rahmenplanungen für einzelne Stadtteile zu bilanzieren und sie auch im Hinblick auf die akuten Erfordernisse des Klimaschutzes weiterzuentwickeln beziehungsweise neu zu erstellen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Nein. Die Rahmenpläne sind informelle Planungsinstrumente, die Entwicklungen für räumliche Teilbereiche des Stadtgebietes darstellen. Für die Umsetzung der in den Rahmenplänen dargestellten Maßnahmen sind Detailplanungen bzw. die Erstellung von Bebauungsplänen notwendig. Bei diesen Planungen werden die aktuell vorliegenden Rechtsgrundlagen und politischen Beschlüsse (u. a. Klimanotstand und Klima-Aktionsplan 2030) berücksichtigt.
Somit ist für die Umsetzung der Maßnahmen aus den Rahmenplänen unter Berücksichtigung der aktuellen Beschlusslage keine Neuaufstellung der Rahmenpläne erforderlich.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 26

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wann wird der Magistrat die Zusagen umsetzen, die Toilettenanlage im Ockershäuser Friedhof am Wiesenweg zu erneuern und die Umgebung der Urnenwand würdevoll zu gestalten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Verwaltung und der hauptamtliche Magistrat befinden sich derzeit noch in den Planungen zur Haushaltsaufstellung 2023. Diese Maßnahme wurde bereits vom Ortsbeirat Ockershausen benannt und steht im Blickfeld für die Haushaltsaufstellung. Die Gespräche zum Haushaltsplan 2023 werden über eine Aufnahme der Maßnahme in den Haushaltsplan entscheiden. Die Planung und Realisierung würden unter dem Vorbehalt zusätzlicher personeller Ressourcen beim Fachdienst Hochbau stehen.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 27

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, welche Nachnutzung des weggefallenen mobilen 5. Gebäudes in holzbauweise am Standort des Flüchtlingsareals/ Cappel geplant ist und an welchem Standort?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Liegenschaft an der Umgehungsstraße ist nicht im städtischen Eigentum, so dass ein direkter Zugriff auf die Informationen zur Weiterverwendung des abgebauten Gebäudes fehlt und keine kurzfristige Antwort auf die Frage möglich ist. Die Landesfeuerwehrschule ist Nutzerin der Gebäude. Fachdienst Hochbau wird bei den zuständigen Akteur*innen nachfragen und eine Antwort nachreichen.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 28

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, wann mit dem längst überfälligen Neubau (geschlossen seit 2019) der KiTa Goldbergstraße in Cappel begonnen wird und ob die Unterbringung seither in einem Provisorium dem städtischen Anspruch pädagogischer Konzepte und Arbeitsbedingungen entspricht?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 58 - Kinderbetreuung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Im Haushaltsplan 2022 sind Mittel für den Planungsbeginn der Maßnahme enthalten. Die Ausschreibungen für die Planungsleistungen konnten bislang jedoch nicht begonnen werden, weil Stellen im Fachdienst Hochbau noch unbesetzt sind. Die Verwaltung und der hauptamtliche Magistrat befinden sich derzeit noch in den Planungen zur Haushaltsaufstellung 2023. Diese Maßnahme steht im Blickfeld für die Haushaltsaufstellung. Die Gespräche zum Haushaltsplan 2023 werden über eine Aufnahme der Maßnahme in den Haushaltsplan entscheiden. Für die Planung und Ausschreibung der Maßnahme ist ein Zeitrahmen von etwa 2 Jahren realistisch bevor mit dem Neubau begonnen werden könnte.

Für den aktuellen Standort der Kita Goldbergstraße am August-Bebel-Platz 1 liegt eine Betriebserlaubnis des HMSI mit Wirkung ab 1.8.2019 vor. Im Rahmen der Betriebserlaubnis wurden alle räumlichen und personellen Anforderungen überprüft, damit ein kindgerechter Betrieb gewährleistet ist (u.a. Abnahme des Brandschutzes, Stellungnahme des Gesundheitsamtes zu Hygienekonzept, Bescheinigung der Lebensmittelüberwachung, Personalberechnung und -qualifikation etc.). Das Außengelände wurde erweitert und neu gestaltet und die Innenräume entsprechend des pädagogischen Konzeptes und den räumlichen Möglichkeiten eingerichtet. Insgesamt bietet die Interimslösung im alten Rathaus sehr viel Platz und vielfältige Raumgestaltung, sodass das pädagogische Arbeiten im Sinne des Situationsansatzes erfolgreich umgesetzt werden kann.

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin